

# info

02/2015

## Mitmischen – aber wie?

### Angebote für jungendliches Engagement

Grundsätzlich interessiert –  
Partizipation junger Menschen  
an Politik und Gesellschaft

### gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus

Was braucht eine gute  
(Einwanderungs-)Gesellschaft?  
Neue Perspektiven auf Migration  
und Integration

### Politik für Europa #2017plus

Wenn nicht jetzt, wann dann?  
Europa fehlt eine gemeinsame  
Sicherheitspolitik



## SCHWERPUNKT MITMISCHEN – ABER WIE?

---

- 3 **Grundsätzlich interessiert**  
Partizipation junger Menschen an Politik und Gesellschaft
- 6 **Politik mit Kindern und Jugendlichen gestalten!**  
Gastbeitrag
- 7 **Mitdiskutieren und mitmachen**  
Angebote an Jugendliche
- 8 **Politik machen! In einer Partei?**  
Pro und contra
- 10 **Verbündete für den Wandel**  
FES fördert den politischen Nachwuchs weltweit – in Zentralamerika seit 25 Jahren
- 11 **»Wir können es nur gemeinsam schaffen«**  
Fragen an Ana Gabriel Zúñiga Aponte
- 12 **Kein Vertrauen in die Zukunft**  
Jugendstudien in Südosteuropa
- 14 **Täter oder auch Opfer?**  
Workshopreihe in der Jugendstrafanstalt
- 15 **Nehmt die Auszubildenden ernst!**  
Gastbeitrag

## PROJEKTE

---

### **gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus**

- 17 **Was braucht eine gute (Einwanderungs-)Gesellschaft?**  
Neue Perspektiven auf Migration und Integration
- 18 **Stresstest für die offene Gesellschaft**  
Sommeruniversität sucht neue Antworten
- 19 **Diskutieren, streiten, Ideen entwickeln**  
Gastbeitrag
- 20 **Zugang zu unserer Gesellschaft ermöglichen**  
Fragen an Aydan Özoğuz
- 21 **Kompetenzen, Zeit und Zugang**  
Herausforderungen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt
- 22 **Eine Jahrhundertaufgabe**  
Neue Studie zur Geschichte der Energiewende in Deutschland

### **Politik für Europa**

- 25 **Wenn nicht jetzt, wann dann?**  
Europa fehlt eine gemeinsame Sicherheitspolitik
- 27 **Maritime (Un-)Sicherheit**  
Lösungen jenseits der Eindämmung von Piraterie
- 28 **»Die EU und DU«**  
Projektreihe an Schulen und Berufsschulen in Sachsen
- 29 **Wie denken die anderen?**  
Studierende auf der Suche nach Erwartungen an Europa
- 30 **Eine reale Gefahr**  
Das britische Referendum als drohende Schlüsselfrage der EU

## NOTIZEN

---

- 32 Notizen
- 36 Leseempfehlungen
- 37 Leserumfrage

# Liebe Leserin, lieber Leser

**S**chon Sokrates soll über die Jugend geklagt haben: »Sie verachtet die Autorität, hat keinen Respekt mehr vor älteren Leuten und diskutiert, wo sie arbeiten sollte.« Obwohl sich auch heute wahrscheinlich eine nicht geringe Zahl Erwachsener einer solchen Klage anschließen würde, gibt es eine nicht minder geringe Zahl von Jugendlichen, die sich von dem Zitat herausgefordert fühlt. Wenn auch Autorität wohl nicht unbedingt verachtet wird, so ist es doch ein Merkmal von Jugend, Autoritäten infrage zu stellen. Respekt macht sich für sie nicht allein am Alter fest, und Diskussionen und Erfahrungsaustausch werden auch als handfeste Arbeit wahrgenommen. Viele haben große Lust, sich in politische Abläufe einzubringen, Entscheidungen mit zu beeinflussen, die für die öffentlichen Belange von Bedeutung sind.

»Demokratie braucht Demokraten!« – Der viel zitierte Ausspruch Friedrich Eberts bringt Anspruch und Stellenwert der jugendpolitischen (Bildungs-)Arbeit der FES auf den Punkt. Als Demokrat\_in wird man nicht geboren, Demokratieverständnis muss man lernen. **Lust auf Beteiligung zu wecken, Partizipation zu ermöglichen und Engagement zu fördern** sind deshalb wesentliche Ziele der Stiftungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene.

Im Schwerpunktteil dieses Heftes werden grundlegende Fragestellungen und Einsichten vorgestellt, auf die die unterschiedlichen Ansätze der Förderung von Interessenvertretung und Beteiligung für die nachfolgenden Generationen aufbauen. Erfahrungsberichte und die Beschreibung konkreter Projektansätze runden das Thema ab.

**Was macht die »Gute Gesellschaft« aus?** Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft sowie eine Demokratie, an der die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Wir sind davon überzeugt, dass diese »Gute Gesellschaft« von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität getragen wird.

In diesem Heft präsentieren wir Beispiele aus den Aktivitäten unseres Projekts »gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus«, mit dem die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk nutzt, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden und konkrete Ideen für diese Politik zu entwickeln.

**Einen Einblick in unser Projekt »politik für europa #2017plus«** bieten Beiträge, die sich exemplarisch mit drei Themenkomplexen auseinandersetzen: die wirtschaftliche und soziale Krise, aufkommende Zweifel an der Demokratie und außen- und sicherheitspolitische Verwerfungen. Die etablierten Parteien verlieren überall in Europa an Boden. Einerseits, weil sich die Bürger zunehmend gegen das politische Establishment wenden, andererseits, weil sie sich von der europäischen Einigung eher bedroht fühlen, als eine Verbesserung ihres Lebens erhoffen. Vielfach liegt dieser Skepsis dem europäischen Projekt gegenüber Unkenntnis zugrunde.

Die FES identifiziert und analysiert in dem Projekt inhaltliche Positionen, formuliert alternative Politikansätze und treibt so die Debatte über die Zukunft Europas mit voran. Beispiele aus der Projektarbeit finden Sie hier im Heft.

**Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.**  
Die »info«-Redaktion



Mitmischen – aber wie?

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Kommunikation und Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn  
Tel. 0228\_883-0 | presse@fes.de  
www.fes.de

### Redaktion (Text)

Peter Donaiski, Pressestelle Berlin  
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin  
Tel. 030\_269 35-7038  
Fax 030\_269 35-9244  
peter.donaiski@fes.de

### Redaktion (Bild)

Katja Ulanowski, Kommunikation  
und Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn  
Tel. 0228-883-7036  
Fax 0228-883-9207  
katja.ulanski@fes.de

### Layout und Satz

NORDSONNE IDENTITY

### Druck

Druckerei Brandt GmbH

### Bildnachweis

Paul Blau: Seite 9  
Bridget Coila / CC BY-SA 2.0: Seite 27  
Denzel: Seite 20  
FES: Seiten 10, 11, 28  
Photocase / Benea: Seite 16  
picture-alliance: Seite 14  
picture-alliance / Barbara Gindl: 18  
picture-alliance / dpa: Titelbild,  
Seiten 4–5, 6, 15, 17, 21, 22–23  
picture-alliance / dpa / dpaweb:  
Seiten 2–3, 25  
picture-alliance / PIXSELL: Seite 12  
picture-alliance / ZB: Seite 24  
Thinkstock: Seiten 7, 8–9, 10–11, 30–31

ISSN 0942-1351

# Mitmischen – aber wie?



## EINLEITUNG

# Grundsätzlich interessiert Partizipation junger Menschen an Politik und Gesellschaft

Von Florian Dähne

**J**ugendliche und junge Erwachsene sind egoistisch, pragmatisch und unpolitisch? Die Generation der 15- bis 35-Jährigen sieht angesichts globaler Unsicherheit und wirtschaftlicher Krisen keinen Sinn in gesellschaftspolischem Engagement? Der sehr differenzierten Lebenswelt junger Menschen in Deutschland werden solche Beurteilungen nicht gerecht.

Junge Menschen engagieren sich heute nicht weniger als vorangegangene Generationen. Gewandelt hat sich allerdings die Art der Partizipation. Gesellschaftliche Mitgestaltungsbestrebungen junger Menschen finden ihren Ausdruck aktuell nur sehr bedingt in den klassischen Organisationsformen politischer Teilhabe. So ist die formale Mitgliedschaft in politischen Parteien oder Gewerkschaften unter jüngeren Menschen deutlich weniger verbreitet als unter älteren. Entsprechend groß sind die Nachwuchsprobleme politischer Organisationen und Verbände. Auch im Vergleich zu ihrem kleiner werdenden Anteil an der Bevölkerung sind die 16- bis 30-Jährigen in allen im Bundestag vertretenen Parteien deutlich unterrepräsentiert. Das durchschnittliche Alter eines Parteimitglieds von SPD und CDU lag Ende 2013 bei nicht weniger als 59 Jahren. Lediglich 7,4 Prozent der Mitglieder der SPD waren Ende 2012 jünger als 30 Jahre.

### **Vertrauen in politische Parteien gering**

In einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft wird die relative Bedeutung junger Wählerinnen und Wähler für den Wahlerfolg politischer Parteien tendenziell eher kleiner als größer. Einer im Auftrag der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) durchgeführten Umfrage zufolge fühlen lediglich 21 Prozent der 15- bis 34-jährigen Deutschen sich und ihre Interessen durch den Bundestag vertreten. Das Vertrauen in politische Parteien ist unter Mitgliedern dieser Altersgruppe sehr gering ausgeprägt.

»Verbreitet ist unter jungen Menschen die Mitwirkung in informellen politischen Gruppierungen, die spezifische gesellschaftliche Probleme thematisieren und flexible Beteiligungsmöglichkeiten bieten.«

Da viele jüngere Menschen institutionalisierten und formalisierten Angeboten politischer Teilhabe und der überkommenen Organisationskultur politischer Parteien distanziert gegenüberstehen, machen sie eher Gebrauch von offenen, informellen und aktionsorientierten Formen gesellschaftspolitischer Einmischung und Mitgestaltung. Verbreitet ist unter jungen Menschen die Mitwirkung in informellen politischen Gruppierungen, die spezifische gesellschaftliche Probleme thematisieren und flexible Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Hohe Anziehungskraft haben hier neben Umwelt- und Tierschutzgruppen sowie Menschenrechtsinitiativen insbesondere auch Stadtteil- und regionale Initiativen mit direktem Bezug zur jeweils eigenen Lebenswelt. Eine weitere Dimension der politischen Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener sind verschiedene punktuelle, themenbezogene Formen politischer Aktivität. Beispiele hierfür sind die Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder öffentlichen Diskussionen. Eine wichtige Rolle für Mobilisierung und Vernetzung spielen in diesem Kontext die digitalen Kommunikationskanäle der *social media*.



## Beteiligungschancen bieten

Insbesondere im Bereich protestorientierter Arten politischer Artikulation verzeichnen aktuelle (Jugend-)Studien eine deutliche Steigerung des Aktivitätsniveaus. Auch das grundsätzliche Interesse junger Menschen an Politik als Basis von Engagement nimmt unterschiedlichen Untersuchungen zufolge aktuell wieder zu.

Die Erfahrung von wirksamen Möglichkeiten der Mitbestimmung im Rahmen von Schulen und Universitäten ist ein wichtiges Element in der »Engagementbiografie« aktiver Bürgerinnen und Bürger. Gleiches gilt für die Beteiligungschancen Jugendlicher im Rahmen kommunaler Entscheidungsprozesse. Offene Jugendforen, Runde Tische und insbesondere Kinder- und Jugendparlamente sollen hierfür Möglichkeiten bieten, werden in der Realität allerdings vielfach als »politische Spielwiese« ohne nennenswerte Entscheidungsbefugnisse behandelt. Wenn der Eindruck entsteht, dass den in diesem Rahmen erarbeiteten Inhalten kein aufrichtiges Interesse entgegengebracht wird und sich der Zweck eines Beteiligungsprozesses Jugendlicher für Politiker\_innen letztlich in der Generierung von Pressefotos erschöpft, können theoretisch sinnvolle Ansätze im Ergebnis eher abschreckende Wirkung für die zukünftige Engagementbereitschaft der Beteiligten entfalten.

»Ohne Jugend ist kein Staat zu machen.« Stabilität und Fortbestand einer Demokratie sind nur dann gewährleistet, wenn sie (auch) von jungen Menschen mitgetragen und mitgestaltet wird. Die Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist deshalb wichtiger Indikator für die Zukunftsfähigkeit demokratischer Organisationen und Strukturen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung sieht es daher als zentrale Aufgabe an, immer wieder ihre Methoden und Angebote zu überprüfen und anzupassen, mit denen es gelingen kann, po-

## Die »Engagiertenstudie«

Von Stefanie Hanke

Um den Formen politischen Engagements junger Menschen auf die Spur zu kommen, führt das Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und Infas eine sogenannte »Engagiertenstudie« durch. Das DJI befragt seit Jahrzehnten Jugendliche regelmäßig zu ihren Einstellungen, Werten und Verhaltensweisen. Die FES möchte in einer vertiefenden Studie herausfinden, ob und wie »die Jugend« heutzutage »Staat macht«.

Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass junge Menschen ein geradezu idealtypisches Set an Einstellungen aufweisen, wie man es sich in einer konsolidierten Demokratie wünscht. Polizei und die Gerichte genießen höchstes Vertrauen, mehr als 90 Prozent sehen in Wahlen das geeignete Mittel der politischen Teilhabe und betrachten die Teilnahme an Wahlen als oberste Bürgerpflicht.

So weit die *good news*. Wenn es um Mitgliedschaft in einer politischen Partei oder anderen Institutionen geht, wendet sich jedoch das Blatt. Den Parteien kommt der Nachwuchs

abhanden, denn viele junge Menschen schreckt ab, dass die Qualifizierung zum politischen Amt mit langen Sitzungen im Ortsverein beginnt. Mitarbeit ohne Mitgliedschaft wird gewünscht; ein Engagement der kurzen Wege.

Die »Engagiertenstudie« der FES zeichnet neben einer repräsentativen qualitativen Erhebung in zwanzig Interviews nach, welche Wege politisch engagierte Jugendliche für sich gefunden haben, wie sie in Kontakt mit der Politik gekommen sind und was sie motiviert. Ende des Jahres werden die Ergebnisse ausgewertet sein. Dabei wird sich zeigen, wie stark die Bildung und Migration tatsächlich das Engagement beeinflussen. Werden die Ergebnisse die These bestätigen, dass sich Migrant\_innen in der Regel weniger beteiligen? Ist die Erfahrung, dass Einfluss auf die Umwelt möglich ist, der Schlüssel zu politischem Engagement? Welche Herausforderungen stellen sich für die politische Bildungsarbeit?

**Stefanie Hanke** leitet das Forum Jugend und Politik in Bonn.

litische Strukturen, Verfahren und Instrumente zeitgerecht an junge Menschen zu vermitteln. Sie sollen so qualifiziert werden, ihre Interessen effektiver in die Gesellschaft und Politik einzubringen. Urteilsfähigkeit, Handlungs- und Orientierungskompetenz stellen die notwendigen Grundlagen dar, um aktiv an der Weiterentwicklung einer freien, demokratischen und solidarischen Gesellschaft erfolgreich mitwirken zu können. ●

**Florian Dähne** ist Referent im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung.

# Politik mit Kindern und Jugendlichen gestalten!

Von Sandra Hildebrandt



**K**inder und Jugendliche haben eigene Interessen, Vorstellungen und Wünsche, was »ihre« Lebenswelt jetzt und zukünftig sein könnte oder sein sollte. Sie wollen sich einbringen, gefragt werden und aktiv mitgestalten. Aktive Beteiligung verändert jedoch Machtstrukturen und kann deshalb nur gelingen, wenn es dafür Offenheit und Mut der Entscheidungsträger\_innen gibt. In der Schule lassen sich vielfältige Möglichkeiten finden, bei denen die Schüler\_innen sich aktiv einbringen können. Es hätte einen Mehrwert, Kinder und Jugendliche auch bei anstehenden Veränderungen oder Entscheidungen in Kommune oder Stadtteil einzubeziehen. Die Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen des BM-FSJ bieten hierzu zahlreiche Anregungen und Hinweise.

Jugend(verbands)arbeit vor Ort leistet bei der Entwicklung einer aktiven Beteiligungskultur einen wesentlichen Beitrag. Hier werden sie angeleitet und unterstützt, ihre eigenen Wünsche und Interessen zu erkennen und zu formulieren, diese mit anderen auszuhandeln, Kompromisse zu finden und gemeinsam umzusetzen. Sie lernen somit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Hier haben sie die notwendigen Freiräume, aber auch ein Umfeld, demokratisches Handeln zu erleben, wenn sie beispielsweise das Angebot in ihrem Jugendclub selbst gestalten.

Wenn die Beteiligung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden soll, ist zu berücksichtigen, dass es »die« Kinder und Jugendlichen nicht gibt. Die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen sind ebenso vielfältig und divergent wie die der Erwachsenen. Hier liegen Chancen, aber auch große Herausforderungen, da unterschiedliche und altersadäquate Formate und Formen erprobt und umgesetzt werden müssen, um alle Kinder und Jugendlichen zu ermuntern, demokratische Teilhabe erleben zu können. Beteiligung will gelernt sein und alltäglich gelebt werden. Demokratie braucht Demokrat\_innen – bereits von Kindesbeinen an. ●



**Sandra Hildebrandt** ist Referentin in der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und u. a. Bundesratsbeauftragte in der Ratsarbeitsgruppe Jugendfragen des Europäischen Rates. Sie war Stipendiatin der FES und engagiert sich weiterhin ehrenamtlich für die Stiftung, u. a. als Mitglied im Beirat der ehemaligen Stipendiat\_innen.

# Mitdiskutieren und mitmachen

## Angebote an Jugendliche

**D**ie Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert regelmäßig die unterschiedlichsten Veranstaltungsformen zu aktuellen Fragen, die sich an Jugendliche selbst oder an Fachleute in der Jugendarbeit richten. Behandelt werden beispielsweise Themen wie Gewalt und Mobbing im Schulalltag, Rechtsextremismus, die Reform der Bildungssysteme oder Jugendarbeitslosigkeit.

Die **Jugendplanungszelle** ist eine spannende Methode der politischen Jugendbildungsarbeit. Sie unterstützt junge Menschen dabei, ihre Interessen und Vorstellungen zu Themen, die sie selbst betreffen, zu formulieren und diese dann wirksam in ihren Lebensräumen zu vertreten.

Sich politisch oder ehrenamtlich engagieren oder im journalistischen Bereich arbeiten – hier ist nicht nur das Talent entscheidend, sondern es gehört auch eine große Portion Handwerk und Know-how dazu. Für engagierte und interessierte junge Menschen bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung daher Kompetenztrainings an, in denen die notwendigen Fähigkeiten erlernt und eingeübt werden können.

Die **SV-Seminare** richten sich an interessierte und engagierte Schülervertreter\_innen und bieten diesen die Möglichkeit, ihr Engagement zu reflektieren, sich mit schulspezifischen Themen auseinanderzusetzen, neue Perspektiven zu entwickeln und das notwendige Handwerkszeug für die Interessenvertretung ihrer Mitschüler\_innen zu trainieren.

In den **Workshops** sind die Teilnehmer\_innen selbst gefragt. Mitdiskutieren und mitmachen sind hier oberstes Gebot. Die Themen der FES-Workshops decken ein breites Spektrum ab, von Mobbing in der Schule bis zum interkulturellen Dialog.

Keine Vorträge, keine Podiumsdiskussionen – hier gestalten die Teilnehmer\_innen selbst. Der **Open Space** ist ein innovatives Veranstaltungskonzept, das auf die Kompetenzen, Erfahrungen, Ideen und Zielvorstellungen der Teilnehmer\_innen setzt und zur Partizipation, Selbstorganisation und der Übernahme von Verantwortung motiviert.

Das **Planspiel** folgt der Idee, die Abläufe in einer politischen Institution, zum Beispiel im Parlament, möglichst wirklichkeitsgetreu nachzuspielen. In Planspielen der FES, u. a. zur Kommunalpolitik, Europapolitik, Globalisierung und den Vereinten Nationen, werden somit reale politische Prozesse simuliert. Ziel ist es, dass junge Menschen Politik nicht als passive Zuschauer, sondern als aktive Gestalter erleben.

### Weiterführende Informationen

Themenportal »Jugend« der FES  
→ <http://www.fes.de/themen/jugend/>

Forum Politik und Gesellschaft (Berlin)  
→ <http://www.fes.de/forumpug/inhalt/jugend.htm>

Forum Jugend und Politik (Bonn)  
→ <http://www.fes.de/forumjugend/>

Studienförderung  
→ <http://www.fes.de/studienfoerderung>

JugendMedienAkademie  
<http://www.jugendmedienakademie.de/>

# Politik machen! In einer Partei? Pro und contra

## Auch ohne Parteibuch Partei ergreifen

**A**ls ich am Anfang meines Studiums der Politikwissenschaft stand, wurde ich von meinem sozialen Umfeld immer wieder danach gefragt, bei welcher Partei ich denn die besten Perspektiven für spätere berufliche Tätigkeiten sehen würde. Politikbetrieb als Karrierechance? – Kein allzu abwegiger Gedanke.

Es war zunächst der Hinweis eines erfahrenen Professors, der mich von diesem Schritt abhielt: Wir sollten uns gut überlegen, warum wir uns mit politischer Theorie beschäftigen wollten, wenn wir das Studium eher als notwendige Begleiterscheinung für die Planung unserer Karrieren im Politikbetrieb ansehen und, stets der Parteilinie verbunden, Debatten wahlweise durch die rote, grüne oder gelbe Brille wahrnehmen würden. Für mich haben sich bis heute viele weitere Gründe zum Rat des damaligen Dozenten dazugesellt, weswegen ich noch immer kein Parteibuch besitze. Es sind in erster Linie die Debatten um einbrechende Wahlbeteiligung und massiven Mitgliederschwund der Parteien, die mir spätestens zu jeder anstehenden Wahl wieder vor Augen führen, dass es für die Parteiliten wohl immer noch keinen zwingenden Grund zur Selbstreflexion zu geben scheint. Stattdessen wirkt der Politikbetrieb stärker denn je wie ein stahlhartes Gehäuse, innerhalb dessen in erster Linie die Spielregeln der Macht gelten.

Gesellschaft verändern und verbessern, das ist theoretisch immer noch am besten durch die Einwirkung in und von Parteien möglich. Wer dort allerdings Einfluss gewinnen will, darf erst einmal lange Zeit nicht anecken, sondern muss sich anpassen und Posten erkämpfen, die zur Einflussnahme befähigen. Wer diese Spielregel akzeptiert, läuft Gefahr, die eigenen ursprünglichen Anliegen aus den Augen zu verlieren und der ständigen Versuchung der Macht zu erliegen – keine guten Aussichten für Idealisten. Verstärkt durch die Prozesse der Entideologisierung von Parteien, dem Aufbrechen des klassischen Links-Rechts-Schemas und der immer stärkeren Personalisierung von Wahlkämpfen, erscheinen vielen Bürger\_innen folglich Vereine, Initiativen und Verbände als die geeigneteren Organe für zielgerichtetes und überprüfbares gesellschaftspolitisches Engagement. Dort, wo es um Basisarbeit für konkrete und eindeutig identifizierbare gesellschaftliche Anliegen geht, zieht es die Menschen eben hin. ●



**Arne Cremer, 24**, studiert seit Herbst 2014 den Masterstudiengang Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Daneben engagiert er sich ehrenamtlich bei verschiedenen Vereinen und setzt sich u. a. bei »Weitblick Bonn« für Bildungsgerechtigkeit und beim »v.f.h.« für die Förderung gesellschaftspolitischen Engagements von jungen Menschen ein.

# Dicke Bretter bohren

»» **W**ie bitte? Du bist in einer Partei?« Mit großen Augen wurde ich während meiner Schulzeit des Öfteren angeschaut, wenn ich von meinem Engagement in der SPD redete. Und immer wieder fragte ich mich nicht weniger erstaunt: »Warum eigentlich?« Wo schließlich kann ich mich inhaltlich besser einbringen, um etwas zu verändern, wenn nicht in der Politik? Wo klappt dies besser, wenn es darum geht, Interessen und Verantwortung für die Mitschüler\_innen wahrzunehmen, die einen am Anfang des Schuljahres dafür gewählt haben, weil sie mit Kopfnoten, Schulhofangeboten oder den Preisen in der Cafeteria unzufrieden sind?

Ich war erst wenige Woche als Schülersprecher im Amt und wurde bereits täglich mit schulpolitischen Fragen konfrontiert, bei denen mir bewusst war, dass viele solcher Themen nicht in meiner Schule, sondern auf höherer Ebene, sei es in der Kommune oder auf Landesebene, getroffen werden. Ich erhielt erste Kontakte zu meiner örtlichen Landtagsabgeordneten, als ich mit ihr über aktuelle Themen aus der Schülersvertretungsarbeit diskutierte. Schnell stellte ich fest, dass man als einzelne Person gerade auf höherer Ebene kaum gehört wird, was für mich Anlass war, auf Kreisebene eine Bezirksschüler\_innenvertretung zu gründen, die ich einige Jahre leitete. Immer stärker bekam ich direkten Kontakt zu politischen Fragen aus der Landespolitik. Aber zufrieden war ich immer noch nicht – schließlich vertrat die damals amtierende Landesregierung Positionen, die ich als politisch interessierter Jugendlicher nicht guthieß. Ich wollte selbst meine Mei-

nung einbringen und Bildungspolitik mitgestalten. Als Betroffener war es dann die Bildungspolitik, die mich dazu brachte, dass ich mir tatsächlich die Programme der großen demokratischen Parteien durchlas und letztendlich meine politische Heimat in der SPD fand. Dort habe und übernehme ich Verantwortung in den Parteivorständen auf Ortsvereins- und Unterbezirksebene. Bereut habe ich meinen Eintritt trotz vieler Rückschläge nie. Selbstverständlich gab und gibt es immer wieder Entscheidungen von Genoss\_innen, über die ich nur den Kopf schütteln kann – Grund genug, erst recht aktiv zu werden, um die eigenen persönlichen Überzeugungen in die Diskussionen der Partei einzubringen. Als Stipendiat auf Probe habe ich parallel dazu meinen ersten Kontakt zur FES bekommen und dort die Möglichkeit nutzen können, an mehreren Seminaren teilzunehmen. Zusammen mit den vielen netten Menschen, die ich in der Zeit (mittlerweile bin ich über sechs Jahre aktiv dabei) kennengelernt habe, ist jeder noch so kleine politische Erfolg Bestätigung genug, um am Ball zu bleiben und weiterhin kleine Löcher in dicke Bretter zu bohren. ●



**Marcel Bengs, 24, studiert seit 2011 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn Rechtswissenschaft, ist ehemaliger Stipendiat der FES sowie seit 2009 Mitglied der SPD und derzeit im Vorstand der SPD Bonn und SPD Beuel.**

# Verbündete für den Wandel

## FES fördert den politischen Nachwuchs weltweit – in Zentralamerika seit 25 Jahren

Von Sebastian Sperling

»Und, welcher Jahrgang bist du?« – Wenn sich linke politische Nachwuchspoliter\_innen Zentralamerikas kennenlernen, ist dies eine beliebte Einstiegsfrage. Gemeint ist nicht der Geburts-, sondern der Absolvent\_innenjahrgang des einjährigen Ausbildungsprogramms für junge Führungskräfte.

Engagierte, junge Erwachsene, die sich für einen demokratischen politischen und sozialen Wandel stark machen, haben es in den patriarchalisch geprägten politischen Systemen traditionell schwer, Gehör zu finden. Vor diesem Hintergrund entwickelte die FES vor 25 Jahren in Costa Rica das Programm *Agentes de Cambio* – »Agenten des Wandels«. Wer die Hürde des Auswahlverfahrens erfolgreich nimmt, wird innerhalb eines Jahres in mehreren Ausbildungsmodulen inhaltlich und methodisch weitergebildet. Die Teilnehmer\_innen analysieren die Stärken und Schwächen verschiedener Führungsstile, verständigen sich auf gemeinsame Werte, schärfen ihre Analyse- und Kritikfähigkeit und setzen sich mit wichtigen politischen Themen auseinander. Vor allem aber schulen sie die Teamarbeit und knüpfen Netzwerke, die weit

über den Abschluss hinaus Bestand haben. Und die entscheidend sind dafür, das eigentliche Ziel zu erreichen: die politische Kultur ihres Landes offener und das politische System partizipativer und gerechter zu gestalten.

Die sechs zentralamerikanischen Länder arbeiten sogar mit einem einheitlichen Curriculum und fördern auch die regionale Vernetzung der Kursteilnehmer\_innen. Mehr als 1.000 Absolvent\_innen haben das Programm in dieser Subregion bis heute durchlaufen. Die Absolvent\_innen der ersten Kurse sind heute bereits Präsident\_innen von Parlamenten und zentralen nationalen Behörden, Minister\_innen, Vorstandsmitglieder in Parteien und Gewerkschaften, Meinungsbildner\_innen in Zivilgesellschaft und Medien, Indigenen-Vertretungen und Universitäten. Allein in der aktuellen Regierung Costa Ricas sind sechs Vizeminister\_innen stolz darauf, Absolvent\_innen dieses Programms zu sein. ●

**Sebastian Sperling** ist Referent im Referat Lateinamerika und Karibik.

### Jenseits von Bürokratie

Für eine Woche war die regionale Integration in Westafrika Gegenstand des »Young Leaders programme« der FES. Aus Benin, Togo, Elfenbeinküste, Nigeria, Kamerun, Ghana, Senegal, Burkina Faso, Mali und Liberia hatten sich Frauen und Männer aus zivilgesellschaftlichen Initiativen oder Berufsverbänden Mitte Juli in Nigerias Hauptstadt Abuja zusammengefunden. Im Mittelpunkt stand die Frage: Gelingt es, aus der »Ecowas der Staatsoberhäupter« eine »Ecowas der Völker« zu machen? Diese

neue Generation von politisch engagierten Bürger\_innen entwickelte Ideen, wie die Integration vertieft und »vermenschlicht« werden könnte. Es bot sich schließlich die Gelegenheit, diese Ideen dem Kommissionspräsidenten Kadré Désiré Ouédraogo vorzustellen. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung war dies eine Bestätigung ihrer Bemühungen um eine moderne gesellschaftspolitische Auffassung von regionaler Integration jenseits von Bürokratie und Regelwerken.



# »Wir können es nur gemeinsam schaffen«

## Fragen an Ana Gabriel Zúñiga Aponte



### Warum finden in Zentralamerika und auch in Costa Rica junge Menschen so schwer Gehör im Bereich der Politik und gelangen nur selten in einflussreiche Positionen?

»Die jüngeren Generationen werden von Politik und Institutionen diskriminiert und ausgegrenzt. Sie müssen stärker einbezogen werden. Generell sind die Partizipationsangebote für Bürger sehr begrenzt und vielfach nur für eine kleine Elite zugänglich. Der Generationswechsel wird als etwas Negatives angesehen. Statt den Austausch zwischen den Generationen zu fördern, wird der Generationswechsel als etwas Konflikatives wahrgenommen. Die bestehende, traditionelle politische Kultur sieht junge Menschen lediglich als Objekte der Politik und als Empfänger von Wohltaten, aber nicht als gleichwertige Teilnehmer und Akteure.«

### Was benötigen junge politische Führungskräfte, um mehr Erfolg in der Politik zu haben?

»Ich glaube, die Frage ist vielmehr: Was benötigt unser politisches System, um der Partizipation junger Menschen offener gegenüberzustehen und diese stärker einzubinden? Die Antwort ist, dass wir Quoten brauchen, um eine Mindestbeteiligung junger Menschen in Institutionen und gewählten Ämtern zu gewährleisten. Außerdem muss stärker in Bildung investiert werden, um die Transformation der politischen Kultur zu fördern, sodass die generationenübergreifende Zusammenarbeit schrittweise als völlig natürlich angesehen wird. Selbstkritisch betrachtet, benötigen wir auch ein stärkeres Engagement vonseiten der Jugendlichen und eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit.«

### Inwiefern hat Sie das Programm Agentes de Cambio persönlich weitergebracht?

»Die Hauptlehre, die ich aus dem Programm für mich gezogen habe: wie wichtig es ist, in Netzwerken und nicht auf sich allein gestellt zu arbeiten. Trotz aller persönlichen Differenzen und Unterschiede zwischen einzelnen Organisationen können größere Veränderungen nur im Kollektiv vorangetrieben und erreicht werden. Auf menschlicher Ebene ist das Schönste für mich, dass ich durch das Programm eine Gruppe von Freunden gefunden habe, mit denen mich trotz verschiedener Weltansichten zuallererst ein Gemeinschaftsgefühl und die Orientierung an gesellschaftlichem Fortschritt verbindet. Wir werden für immer Verbündete für den politischen Wandel sein und unterschiedliche Beiträge zu diesem leisten.

Im Programm Agentes de Cambio habe ich auch gelernt, dass andere Leute, die nicht mit meiner Meinung übereinstimmen, nicht gleich meine Feinde sind. Vielmehr ist es nötig, zunächst die Position der anderen zu verstehen, um die eigenen Argumente zu schärfen und bestehende Konflikte zu lösen.«

**Ana Gabriel Zúñiga Aponte** ist Vizeministerin im Präsidentschaftsamt Costa Ricas, Agentes de Cambio 2010.

Die Fragen stellte Sebastian Sperling

# Kein Vertrauen in die Zukunft

## Jugendstudien in Südosteuropa

Von Michael Weichert



**J**ahre mühsamer politischer und wirtschaftlicher Transformation liegen hinter den Ländern Südosteuropas. Demokratie und Marktwirtschaft haben selbst in jenen Staaten, die bereits der Europäischen Union angehören, nach wie vor teilweise erhebliche Defizite. Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit behindern die Entwicklung, der Einfluss rechtsnationaler und autoritärer politischer Kräfte nimmt zu. Den häufig an ihren privaten Interessen orientierten Eliten wird vorgeworfen, die Zukunft ihrer Gesellschaften zu verspielen.

Vor diesem Hintergrund wollte die Friedrich-Ebert-Stiftung erkunden, welche Haltung die jungen Menschen einnehmen, die nach dem Epochenbruch von 1989 in diesen Ländern aufgewachsen sind. Bietet der anstehende Generationswechsel Chancen für die notwendigen durchgreifenden demokratischen Reformen, für eine erfolgreiche Integration und Partizipation in der Ausgestaltung der Europäischen Union? Und was bedeutet dies in Konsequenz für die Institutionen der Demokratieförderung? Die FES hat Studien in Auftrag gegeben, die aufklären wollen über die Interessen und die Ziele junger Menschen in dieser Region.

In Albanien wurde 2011 die erste Umfrage zu Einstellungen und Verhalten von Jugendlichen durchgeführt. Es folgten Jugendstudien in Kosovo und Mazedonien. Inzwischen sind in sechs weiteren Ländern Südosteuropas (Slowenien,

Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Bosnien-Herzegowina und Serbien) vergleichbare Untersuchungen realisiert und veröffentlicht worden, insgesamt wurden dabei mehr als 10.000 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 17 und 27 Jahren befragt. Inzwischen liegt ein Vergleich aller Studien vor.

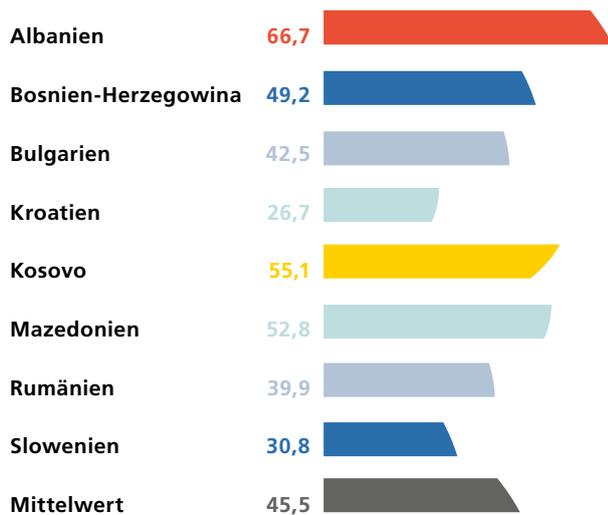
Muster der Befragungen waren die in Deutschland seit vielen Jahren regelmäßig veröffentlichten Shell-Jugendstudien, die von Klaus Hurrelmann, Professor für Public Health and Education an der Hertie School of Governance in Berlin, koordiniert und herausgegeben werden. Klaus Hurrelmann war der wissenschaftliche Berater für alle in Südosteuropa durchgeführten Jugendstudien der FES.

### Ausgeprägte Auswanderungswünsche

Die Studien zeigen, dass die Jugendlichen in den südosteuropäischen Ländern um ihre materielle Sicherheit und ihre Zukunft besorgt sind. Sie haben kein Vertrauen in politische Institutionen, nehmen in geringer Zahl an den Wahlen teil und engagieren sich kaum gesellschaftlich. Viele vertrauen nur der Familie und den Freunden und sind misstrauisch bis intolerant gegenüber den »Anderen«.

Ein großer Teil der Jugendlichen – in einigen Ländern deutlich über fünfzig Prozent – scheint die Hoffnung verloren zu haben und will emigrieren. Auffallend ist dabei, dass

**Anteil der Jugendlichen in Südosteuropa,**  
die ihr Land »sehr wahrscheinlich« oder »ziemlich  
wahrscheinlich« verlassen wollen, in Prozent



dieser Auswanderungswunsch auch in den Ländern deutlich ausgeprägt ist, die bereits zur EU gehören.

Die Ergebnisse der Jugendstudien verdeutlichen, dass die heranwachsende Generation nicht per se »fortschrittlicher« eingestellt ist als die Generation ihrer Eltern und sich auch nicht durchweg stärker für eine demokratische Entwicklung ihrer Heimatländer einsetzt. Allein der Generationswechsel wird also keine besseren Eliten an die Spitze der südosteuropäischen Gesellschaften bringen.

Wenn es nicht gelingt, das Vertrauen in eine Zukunft in den Heimatländern der Jugendlichen in Südosteuropa wiederherzustellen und ihnen eine Zukunftsperspektive in ihren eigenen Ländern zu ermöglichen, werden sie diese in großer Zahl verlassen – mit erheblichen Konsequenzen sowohl für die Jugendlichen selbst als auch für die Länder, in die sie auswandern wollen, und für ihre Herkunftsländer, die auf diese Weise im Wortsinne ihre Zukunft verlieren. ●

**Michael Weichert** ist Leiter des FES-Büros in Sarajevo.



**»Jugendliche in Südosteuropa –  
Lost in Transition«**  
Dane Taleski und Bert Hoppe

<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/11503.pdf>

## PROJEKTANSATZ

### Bildungspolitik ist Wirtschaftspolitik

#### Jugendarbeit der FES auf dem Balkan

Von Frank Hantke

Die Situation der Jugendlichen auf dem West-Balkan ist – spätestens seit der jüngsten Zusammenfassung der nationalen FES-Jugendstudien – hinreichend beschrieben und analysiert. Besondere Aufmerksamkeit erfährt zurzeit die hohe Zahl der Jugendlichen, die ihr Land Richtung EU-Europa verlassen wollen, da sie im eigenen Land kaum mehr berufliche Perspektiven sehen. Weniger bekannt ist, dass die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den Balkan-Staaten auf ein durchgängig falsch strukturiertes Bildungssystem zurückzuführen ist, das in den vergangenen zwei Jahrzehnten nahezu ausschließlich auf die universitäre Ausbildung setzte. So gibt es eine Akademikerschwemme bei nahezu völligem Defizit an Fachkräften in allen nicht akademischen Bereichen der Wirtschaft.

Die wirtschaftliche Stagnation in vielen Balkan-Ländern ist auch und besonders auf den Mangel an Fachkräften zurückzuführen. Arbeitsweltorientierte Bildung ist ein wichtiges Stichwort für die Arbeit der FES. Bildungspolitik gilt daher auch als Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zu Einzelkämpfern in neoliberalen Gesellschaften erzogen, haben es viele Jugendliche nicht gelernt, gemeinsam und organisiert für ihre Interessen einzutreten.

Die FES hat eine umfassende, regionale Übersicht zur Situation der Jugendlichen vorgelegt. Und nun gilt es auch zu handeln – in der nationalen und regionalen Jugendarbeit. So ähnlich die verzweifelte Situation der Jugend auf dem Balkan ist, so verschieden sind doch die vorhandenen Erfahrungen und Beispiele. Seit Jahren gibt es ein FES-Programm zum regionalen Jugendaustausch (Together in Europe), das sich nun mit den spezifischen Themenfeldern der Jugendlichen befasst. Denn so können sie voneinander lernen, wie sie sich erfolgreich für ihre eigenen Interessen einsetzen.

**Frank Hantke** ist Leiter des FES-Büros in Tirana.

### Sommerschule in Russland

Einen Beitrag zur Verständigung in einer schweren Zeit leisteten an gemeinsamen Sommerschule sozialdemokratisch engagierter junge Menschen aus Russland, der Ukraine, Belarus und Deutschland. Während des Programms in St. Petersburg und Weliki Nowgorod diskutierten die Teilnehmenden über aktuelle politische Herausforderungen in ihren Ländern wie Jugendarbeitslosigkeit, die Flüchtlingsproblematik oder Formen des Engagements gegen Rechtsextremismus. Begleitet wurde die Sommerschule durch Diskussionen mit dem Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies und den russischen Abgeordneten Boris Wyschnewsky und Konstantin Chivritsch.

# Täter oder auch Opfer?

## Workshopreihe in der Jugendstrafanstalt

Von Thilo Schöne



» m Knast gibt es keine Gerechtigkeit!« Diesen Satz formulierte ein Teilnehmer des Gerechtigkeitsworkshops der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Jugendstrafanstalt Berlin. Vor drei Monaten sollte er entlassen und direkt abgeschoben werden. Da er Deutschland nicht verlassen will, sah er seine einzige Chance in einer weiteren Straftat – lieber in Deutschland im Gefängnis bleiben, als das Land verlassen zu müssen. Alle Teilnehmer im Raum hatten eine Einwanderungsgeschichte, wie circa 80 Prozent der inhaftierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Berlin. Alle zudem männlich. Worin liegt das begründet? Spiegelt dies eine mangelnde Chancengerechtigkeit wider?

Hier setzt die sechswöchige Workshopreihe zu politischer Bildung des Forums Berlin der FES an und kooperiert im Rahmen des Projekts »Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft« mit der Schulabteilung der Jugendstrafanstalt Berlin und der Initiative »Behind Bars«.

Mithilfe eines künstlerischen Zugangs über Collagen und Videoarbeiten sowie zum Beispiel durch Planspiele und

Pro-Contra-Debatten wurde zweimal wöchentlich mit den Teilnehmern zu ihren Vorstellungen von Gerechtigkeit gearbeitet – ausgerichtet an ihrer Lebenswelt. Ein 23-jähriger In-sasse antwortete, nach seinen Erwartungen an das Modul gefragt: »Mir ist es wichtig, dass wir auch draußen mitreden können und die Leute unsere Sicht auf die Situation in Deutschland hören.« Solche Stimmen wollen wir in die Öffentlichkeit tragen und damit das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer demokratischen Gesellschaft stärken.

Ein ehrlicher Dialog, der Respekt vor anderen und Meinungsvielfalt in den Mittelpunkt stellt, kann dabei helfen, dass die oft selbst so verstandene »Opferrolle« verlassen und begonnen wird, sich mit den Taten auseinanderzusetzen. Die Ergebnisse der Workshops werden der Öffentlichkeit im Jahr 2016 präsentiert. ●

»Mir ist es wichtig, dass wir auch draußen mitreden können und die Leute unsere Sicht auf die Situation in Deutschland hören.«

Thilo Schöne ist verantwortlich für das FES-Projekt »Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft.«

# Nehmt die Auszubildenden ernst!

Von Rainald Manthe und Lukas Daubner



**F**achkräftemangel, unbesetzte Lehrstellen und Akademisierung: Diese drei Trends werden zurzeit breit diskutiert. Die Auszubildenden sind die vernachlässigte Gruppe in der deutschen Bildungsdebatte. (...) Warum brechen junge Menschen ihre Ausbildung ab? Wie empfinden Auszubildende die Lernsituation in Berufsschule und Betrieb? Wo würden sie sich gern stärker einbringen, wo erhoffen sie sich mehr Unterstützung? Da Auszubildende meist ungefragt durch ihre Programme geschleust werden, sind kaum Antworten auf diese Fragen bekannt. (...)

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Auszubildende ernst zu nehmen: Sie müssen stärker in die betrieblichen und schulischen Abläufe eingebunden werden. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, ihre Neigungen und Stärken besser einzubringen. Und, warum muss ein Lehrling als Lektion den Betriebschef fegen? Diese Rituale der Unterwerfung sind Stoff aus dem vorletzten Jahrhundert und gehören abgeschafft. Zudem kann mit einer angemessenen Entlohnung Wertschätzung und Anerkennung ausgedrückt werden. Einen konkreten Vorschlag hierzu macht die Initiative »Was bildet ihr uns ein?« mit der »Ausbildung generale«. In diesem der Ausbildung vorgeschalteten Jahr sollen Auszubildende verschiedene Berufe ausprobieren. Sie lernen so mehr kennen, als ihnen

aus ihrem unmittelbaren Umfeld bekannt ist. Die zukünftigen Auszubildenden würden somit befähigt, bessere Berufswahlentscheidungen zu treffen.

Wenn Jugendliche gefragt werden und das Gefühl haben, ernst genommen zu werden, ist das ein großer Schritt in eine bessere Ausbildung. Aber nicht nur Ausbildungen würden attraktiver werden: Werden junge Menschen von Beginn an in ihre Arbeitsumgebung eingebunden und in ihren Ideen ernst genommen, führt dies auch zu mehr Innovationen und zu einem stärkeren Demokratiebewusstsein – und das nützt letztlich der gesamten Gesellschaft. ●



**Rainald Manthe und Lukas Daubner** sind Mitglieder der bildungspolitischen Initiative »Was bildet ihr uns ein? e.V.«. Rainald Manthe ist Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Lukas Daubner hat für das FES-Team »Bildungs- und Hochschulpolitik« gearbeitet.

## Abitur ist nicht alles

Befindet sich Deutschland im Akademisierungswahn? Zumindest sei man auf dem Weg dorthin, konstatierte der Philosoph Julian Nida-Rümelin, Professor an der Ludwigs-Maximilians-Universität und Staatsminister a.D., in seinem Input-Vortrag zur gleichnamigen Diskussionsveranstaltung des BayernFo-

rum der FES in München. Wenn aktuelle Trends anhielten, sei zu erwarten, dass nur noch Abitur und Studium als »normale« Abschlüsse gelten, andere Bildungswege blieben dann zwar unumgänglich, aber zweitrangig. Im Zuge der Diskussion, an der u. a. mit Christof Prechtl, Geschäftsführer der

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, und Isabell Zacharias, hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, teilnahmen, war man sich weitgehend einig, dass nur ein inklusives und faires Bildungssystem ein hohes Maß an Durchlässigkeit und Differenzierung zumindest ermögliche.

# gute gesellschaft – soziale demokratie # 2017 plus

Was macht die »Gute Gesellschaft« aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft sowie eine Demokratie, an der die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Wir sind davon überzeugt, dass diese »Gute Gesellschaft« von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität getragen wird.

Für das Projekt »gute gesellschaft – soziale demokratie 2017plus« nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden und konkrete Ideen für die Politik zu entwickeln.

# Was braucht eine gute (Einwanderungs-)Gesellschaft?

## Neue Perspektiven auf Migration und Integration

Von Dietmar Molthagen

**D**eutschland, ein Einwanderungsland – in nahezu jedem Politikfeld, sei es Arbeitsmarkt, Bildung oder nationale und internationale Sicherheit, spielen Fragen von Migration und Integration eine Rolle. Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik bedarf es ebenso klarer Analysen wie passgenauer Politikvorschläge. Beides liefern die Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des Projekts »gute gesellschaft – sozial demokratie 2017plus«.

**Vier Teilprojekte werden dabei gegenwärtig im In- und Ausland bearbeitet:**

### Demografischer Wandel in der Einwanderungsgesellschaft

Unstrittig ist, dass Einwanderung für eine alternde und schrumpfende Bevölkerung eine wichtige ökonomische Ressource ist. Sehr wohl umstritten sind jedoch die Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis für die Einwanderungsgesetzgebung, die Arbeitsmarkt- und die Sozialpolitik. Zudem ist in der Diskussion des demografischen Wandels zu wenig beachtet worden, dass sich Gesundheits- und Pflegeinstitutionen auch auf Bürger\_innen mit Migrationshintergrund einstellen müssen. Ein aktuelles Gutachten zeigt politische Schlussfolgerungen auf:

#### Gesundheitsversorgung und Pflege in der Einwanderungsgesellschaft

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11551.pdf>

### Islam in Deutschland, Islam in Europa

Muslimisches Leben in Deutschland und Europa ist kein genuines Migrationsthema. Doch da die Mehrheit der in der EU lebenden Muslime eine Einwanderungsgeschichte hat, ist die Betrachtung von islambezogenen Fragen in der europäischen Integrationspolitik wichtig, zumal zwei Entwicklungen Muslime unter Druck setzen: der internationale Terrorismus islamistischer Extremisten ebenso wie die weitverbreitete Islamfeindlichkeit. Mit dem bereits seit Jahren bestehenden »Berlin Forum for Muslim Thinking« sowie in weiteren Veranstaltungen und Publikationen befasst sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit diesen Phänomenen und entwickelt politische Handlungsmöglichkeiten.

#### Aktuelle Veranstaltungen unter

→ <http://www.fes.de/de/gute-gesellschaft-soziale-demokratie-2017plus/>



### Kohärente europäische Migrationspolitik

Die nationale Migrationspolitik wird wesentlich durch die Politik der Europäischen Union geprägt. Und die gegenwärtigen Debatten allein zu Fragen von Flucht und Asyl zeigen, dass eine kohärente europäische Migrationspolitik bislang nicht erreicht worden ist. Zugleich werden angesichts der weltweiten Migrationsbewegungen Grundpfeiler der Union wie die Arbeitnehmerfreizügigkeit infrage gestellt und stehen in der Diskussion. Ein Gutachten dazu wird im Frühjahr 2016 erscheinen.

### Neue Aufgabenverteilung von Bund, Ländern und Kommunen

Die aktuellen Debatten um die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen hat einmal mehr gezeigt, dass die Aufgabenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen in diesem Politikfeld überarbeitungsbedürftig ist. Es muss die Frage erlaubt sein, ob statt auf sogenannten Gipfeln immer wieder vereinbarte Sonderzahlungen und Aufgabenverteilungen eine generelle Neuregelung der Zuständigkeiten im föderalen System und auf EU-Ebene sinnvoll wäre und wenn ja, wie diese aussehen kann. Denn in Zeiten weltweiter Migrationsbewegungen braucht Deutschland keine neuen Projektideen, sondern arbeitsfähige Regelstrukturen. Arbeitsergebnisse werden Mitte 2016 vorgelegt. ●

**Dietmar Molthagen** ist Referent für die Themenbereiche Integration und Teilhabe, Interkultureller Dialog, Religion und Politik.

# Stresstest für die offene Gesellschaft Sommeruniversität sucht neue Antworten

Von Thomas Hartmann



**S**tresstest für die offene Gesellschaft? Bisher wurde der Begriff Stresstest in erster Linie im Zusammenhang mit der Belastbarkeit von Atomkraftwerken und Banken verwendet. Doch angesichts der neuen Qualität der Probleme und einer scheinbar aus den Fugen geratenen Welt wird auch die offene Gesellschaft dauerhaft einem Stresstest ausgesetzt. Die Krisenherde nehmen zu. Menschen fliehen vor Armut, Terror und Staatszerfall nach Europa. Wirtschafts- und Finanzkrisen sowie wachsende soziale Ungleichheit drohen die Gesellschaft zu entzweien. Entsolidarisierung, Abschottung und Renationalisierung sind gängige Antworten darauf. So fordern laut einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung rund 45 Prozent der Bevölkerung eine stärkere Rückbesinnung auf Deutschland. Weiterhin verbreitet sind auch grundsätzliche Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Demokratie.

Die offene Gesellschaft – getragen von den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – setzt jedoch vor allem die Fähigkeit und Bereitschaft für Veränderung voraus. Sie muss daher fortwährend neu ausgehandelt werden und kann nicht konfliktfrei sein. Gegenwärtig scheint aber die Verunsicherung vor diesen Veränderungen an den Grundpfeilern unseres demokratischen Selbstverständnisses zu rütteln. Der Stresstest ist zum Ernstfall geworden. Olaf Scholz, Erster

Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, brachte es im Rahmen der diesjährigen Sommeruniversität der FES vom 5. bis 10. Juli in Potsdam-Hermannswerder auf den Punkt, indem er betonte, dass aber ein Denken und Handeln allein auf nationalstaatlicher Ebene überholt sei.

Um die Voraussetzungen für die offene Gesellschaft neu zu diskutieren und passende Antworten für die demokratische und soziale Gestaltung nationaler, europäischer und globaler Politik auszuloten, kamen wieder über 100 junge und politisch engagierte Erwachsene mit rund 40 herausragenden Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik zusammen. Erstmals bereicherten junge Nachwuchskräfte aus dem Ausland die Diskussion. Durch diesen internationalen Dialog wurde deutlich, dass die Grundfragen, mit denen die Soziale Demokratie konfrontiert ist, nicht an Landesgrenzen halt machen und die offene Gesellschaft weltweit unter Druck steht. ●

»Das Vertrauen in etablierte Parteien sinkt, während Populismus und Extremismus in Politik und Öffentlichkeit erstarken.«

Thomas Hartmann ist Referent in der Akademie für Soziale Demokratie.



Eine ausführliche Veranstaltungsdokumentation u. a. mit den Beiträgen von Olaf Scholz und Ralf Stegner finden Sie hier:

↓ <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/11562.pdf>

# Diskutieren, streiten, Ideen entwickeln

Von Johanna Uekermann



**E**in großes Stück weg vom politischen Berlin, findet jedes Jahr die Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung in Potsdam-Hermannswerder statt. Die ruhige Szenerie ist jedoch keineswegs Blaupause für die Atmosphäre bei der Sommeruniversität. Mehr als hundert junge Leute, die mehrere Tage lang miteinander diskutieren, streiten, Ideen entwickeln, sich miteinander austauschen und den Politiker\_innen, Wissenschaftler\_innen und erfahrenen Diskutant\_innen kritische Fragen stellen, schaffen es, den idyllischen Ort zum Brodeln zu bringen. Es ist nicht nur ein Format, bei dem man für sich untereinander diskutiert, sondern Leute mit hinzuzieht und ihnen ganz konkret mitgibt: »So, das ist jetzt unsere Idee. Was sagst Du denn eigentlich dazu?« Der direkte und konkrete Austausch ist ein riesiger Vorteil der Sommeruniversität!

Als Vorsitzende der Jusos und ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung war ich auch in diesem Jahr wieder gerne mit dabei. Unter dem Titel »Deutschland, Europa und die Welt – Stresstest für die offene Gesellschaft« kamen die globalen Herausforderungen, mit denen wir gerade konfrontiert sind, auf den Tisch. Insbesondere die Migrationsbewegungen und die ursächlichen Krisenherde, die Millionen Menschen zu Geflüchteten machen, beschäftigten uns alle in diesem Sommer. Alle Beteiligten zeigten sich betroffen über die Lage von Menschen, die aus Not, Hunger oder Verfolgung aus ihren Herkunftsstaaten flüchten. Die große Solidarität von Hel-

fer\_innen vor Ort und vor allem tausende junge Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren, geben Anlass zur Hoffnung. Leider bleiben aber auch genug Gründe um wütend zu sein: Täglich gibt es Meldungen über Angriffe und Anschläge auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte. Gleichzeitig sind vielerorts Behörden überfordert mit der Bereitstellung der nötigen Hilfe.

In den letzten Monaten und Jahren erleben wir sehr viele Unsicherheiten und Krisen, was tief in das Bewusstsein, insbesondere von jungen Menschen, eingedrungen ist. Viele verbinden etwa Europa und die Europäische Union nur noch mit dem Thema „Krise“. Was bleibt ist ein Gefühl der Ohnmacht. Viele fragen sich, was sie als einzelner Mensch überhaupt noch beitragen können und ob die Probleme eigentlich nicht nur noch auf globaler Ebene lösbar sind.

Gemeinsam machten die Teilnehmer\_innen der Sommeruniversität in vielen leidenschaftlichen Debatten und Statements aber deutlich: Es sind zwar große Herausforderungen, die auf uns alle zukommen, aber diesen wollen und müssen sich Politik und Öffentlichkeit gemeinsam stellen. Und auch wenn das zu »Stress« führen kann – es ist unsere Verantwortung, Geflüchteten zu helfen und allen Menschen gute Lebensbedingungen zu bieten. Deshalb wurden zahlreiche Forderungen aufgestellt: Wir brauchen eine grundlegende Änderung in der Asylpolitik. Wir brauchen sichere und legale Fluchtmöglichkeiten für Menschen in Not. Wir brauchen keine »Festung Europa«, sondern Solidarität mit den Menschen, die zu uns kommen. Und wir brauchen Solidarität der Länder in Europa untereinander. Wir müssen endlich die Fluchtursachen wirksam angehen und unsere eigene Politik dafür ändern! ●

**Johanna Uekermann** ist seit 2013 Bundesvorsitzende der Jusos. Sie arbeitet in der Bundestagsfraktion, ist Mitglied der Grundwertekommission der SPD und war Stipendiatin der FES.

# Zugang zu unserer Gesellschaft ermöglichen

## Fragen an Aydan Özoguz

**Die Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode ist erreicht. Womit sind Sie in Bezug auf Ihre Themen Migration, Flüchtlinge und Integration zufrieden, und worin sehen Sie die zentralen Aufgaben für die zweite Hälfte der Legislaturperiode?**

»Ich freue mich, dass sich die Erkenntnis, dass wir Einwanderungsland sind, auch in den Ergebnissen unserer politischen Arbeit wiederfindet. Bestes Beispiel dafür ist die Abschaffung der absurden Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder von Ausländern. Fast alle dürfen nun neben dem ausländischen Pass der Eltern auch den deutschen behalten. Das war ein hartes Ringen. Daneben haben wir uns auf dem Ausbildungsmarkt für bessere Zugänge und weniger Vorbehalte gegenüber Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte eingesetzt, zuletzt auf dem Integrationsgipfel.

Ebenso haben wir in diesen zwei Jahren viele Vorhaben bereits verabschiedet, um Flüchtlingen einen schnelleren Zugang zu unserer Gesellschaft zu ermöglichen, beispielsweise beim Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Wichtig sind auch die Änderungen beim Flüchtlingsschutz, allen voran die stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete. Sie bedeutet für mehrere zehntausend Menschen eine sichere Perspektive in unserem Land. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik wird sicherlich auch in der zweiten Hälfte der Legislatur die größte Herausforderung bleiben: Wir müssen Länder und Kommunen endlich strukturell und dauerhaft entlasten und die Asylverfahren beschleunigen. Nur dann wird die Grundhaltung der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen so positiv bleiben, und nur dann werden wir die schutzsuchenden Menschen gut bei uns aufnehmen und integrieren können.«

**Welchen Beitrag kann eine politische Stiftung wie die Friedrich-Ebert-Stiftung zu einem gelingenden interkulturellen Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland leisten?**

»Ich mache immer wieder die Erfahrung, dass – so banal es klingen mag – Informieren und Aufklären am meisten hilft, um in der Gesellschaft über kulturelle Grenzen hinweg mehr Verständnis füreinander zu schaffen. Und da ist die FES mit ihrer Forschung und Bildungsarbeit ein wichtiger Akteur, der schwierige Themen aufgreift und Diskussionsforen hierfür schafft. Das wünsche ich mir auch weiterhin.« ●



**Aydan Özoguz** (geboren 1967 in Hamburg) ist seit Dezember 2013 Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und seit Januar 2014 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Seit 2009 ist sie zugleich Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2011 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD.

Die Fragen stellte Dr. Dietmar Molthagen, als Referent verantwortlich für den Arbeitsbereich Integration und Teilhabe.

# Kompetenzen, Zeit und Zugang

## Herausforderungen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt

Von Eva Ellereit



Unsere Gesellschaft steht im Zuge der Digitalisierung aller Lebensbereiche vor großen Herausforderungen. Politische Partizipation verändert sich rapide, Engagement löst sich von lokalen Gruppen, die Anpassung an neue Technologien und Kommunikationswege zwingt Selbstständige genauso wie Großkonzerne zu Investitionen und der Ausbau der digitalen Infrastruktur spielt besonders in ländlichen Regionen eine wichtige Rolle. Das Fehlen von WLAN-Anschlüssen in vielen Unterkünften von Asylbewerber\_innen ist ein Hindernis für ihre Integrations- und Teilhabechancen, und Lücken in der digitalen Alphabetisierung wiederum stellen mit voranschreitender Digitalisierung aller Lebensbereiche besonders ältere Menschen vor Probleme im Alltag.

Eine besondere und komplexe Schnittstelle der Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung ist die Arbeitswelt: Wir können schneller und günstiger kommunizieren, unseren Alltag flexibler und langwierige Prozesse effizienter gestalten. Gleichzeitig fühlen sich ein Drittel der Arbeitnehmer\_innen mit der Digitalisierung überfordert.

### Entgrenzung von Raum und Zeit

Ganz neue Geschäftsmodelle sind im Zuge der Digitalisierung entstanden, die Start-Up-Szene boomt, und sie ist auch deswegen profitabel, weil Arbeitszeit und Arbeitsplatz neu definiert werden. Dank des technologischen Fortschritts können Menschen auf der ganzen Welt zusammenarbeiten und sind durch Internet und mobile Endgeräte in der Lage, auch rund um die Uhr zu arbeiten. Diese Entgrenzung von Raum und Zeit kann zu einer größeren Souveränität der Arbeitnehmer\_innen über ihre Arbeit führen und Freiräume und Flexi-

bilität für Familien- und Sorgearbeit schaffen. Sie kann Arbeit aber auch omnipräsent und unkontrollierbar machen.

Aus der Perspektive der Sozialen Demokratie ist es wichtig zu fragen, wie Arbeitnehmer\_innen in Zukunft ihre Rechte wahrnehmen und sichern können. Wie kann Arbeitszeit erfasst werden, wenn die traditionellen Arbeitsplätze nicht mehr existieren? Wie wird Freizeit abgesichert? Wie gelingt soziale Einbindung bei Telearbeit? Wie kann in Zeiten von Blackberry und Applewatch Privates und Berufliches getrennt werden? Kann die Entgrenzung von Arbeit und Privatleben positiv für die Gesellschaft genutzt werden?

Eine weitere wichtige Frage in Bezug auf die Digitalisierung der Arbeitswelt ist die der Qualifizierung der Mitarbeiter\_innen. Gezielte Weiterbildungen für unterschiedliche Zielgruppen sind daher wichtige Instrumente für Unternehmen und Arbeitgeber\_innen, Fachkräfteengpässen vorzubeugen. Arbeitnehmer\_innen und Selbstständige können dadurch besser Schritt halten und einer Prekarisierung durch Digitalisierung entgegenwirken.

Dies sind einige der Herausforderungen, vor die die Digitalisierung der Arbeitswelt die Politik stellt. Eine »gute digitale« Gesellschaft ist das Thema der #DigiKon15 am 24. und 25. November in Berlin. Expert\_innen aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft werden gemeinsam überpolitische Visionen, Reformvorschläge und Forderungen zur Digitalisierung diskutieren. ●

Eva Ellereit ist Mitarbeiterin in der Akademie für Soziale Demokratie und Teil des Teams der #DigiKon15.

→ [www.fes.de/de/digikon15/](http://www.fes.de/de/digikon15/)

STUDIE

# Eine Jahrhundertaufgabe

## Neue Studie zur Geschichte der Energiewende in Deutschland

Von Philipp Fink



**D**ie Ziele der Energiewende stehen fest, doch die Umsetzung gestaltet sich schwierig. Die Umstellung des Energiesystems von fossilen auf erneuerbare Quellen ist ein hochkomplexer Prozess mit vielen technischen Unwägbarkeiten und das Ergebnis eines zähen Interessensausgleichs.

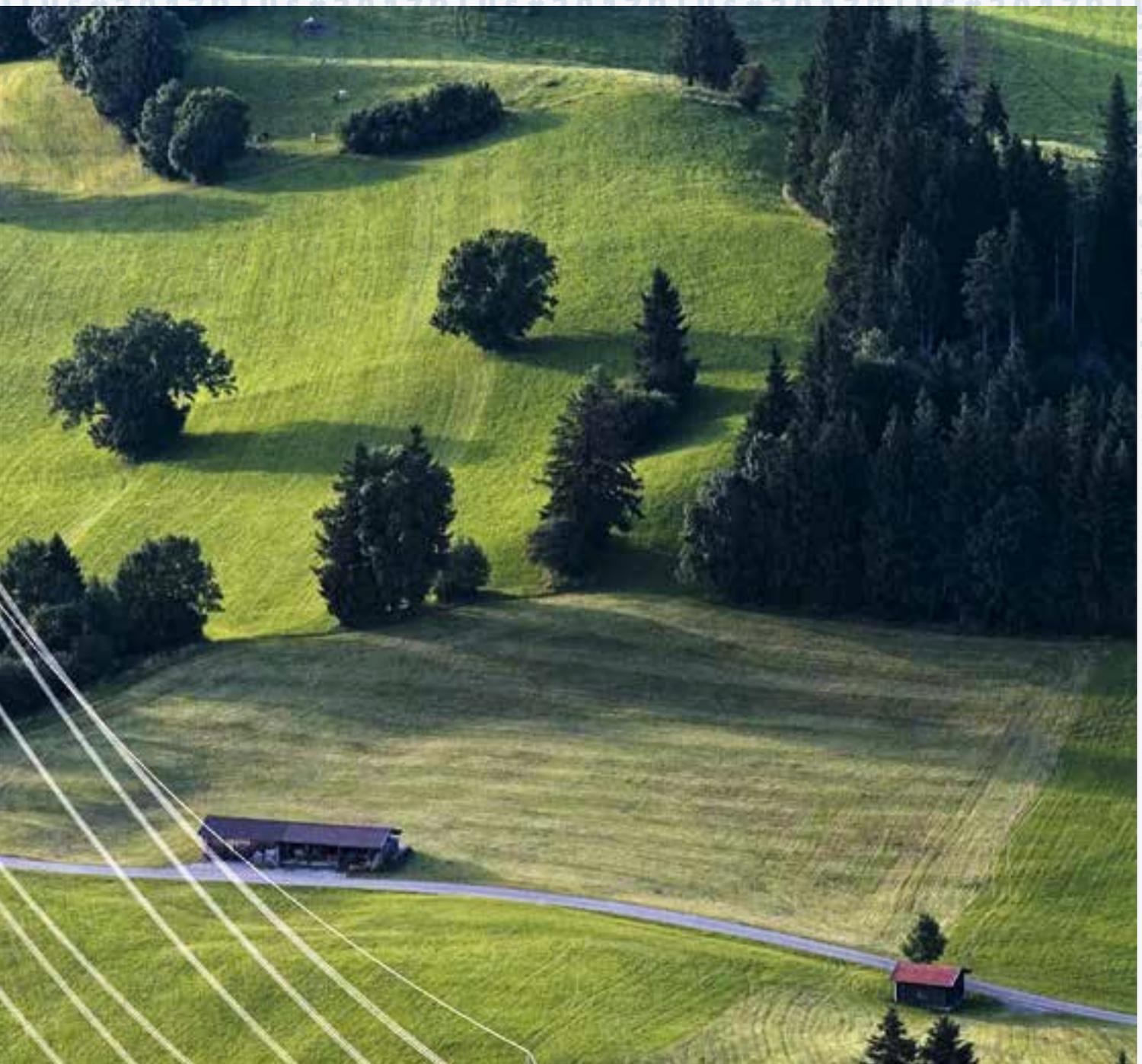
Das Jahr 2014 geht als Rekordjahr für die Energiewende in die deutsche Geschichte ein. Mehr als ein Viertel des erzeugten Stroms stammte aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse – so viel wie noch nie. Schätzungen gehen von mehr als 370.000 Beschäftigten aus, die im Bereich erneuerbarer Energien arbeiten. Trotz dieser beachtlichen Ergebnisse verlief und verläuft die Umsetzung der Energiewende keineswegs reibungslos.

Dies liegt an den technologischen Hürden, die bewältigt werden müssen. Außerdem gleicht die Entscheidungsfindung einem Tauziehen gegensätzlicher Interessen, etwa von

Beschäftigten, Unternehmen, Bürger\_innen und Politik. Das Ergebnis ist die mühsame Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energiequellen, die nicht ohne Widersprüche, Kehrtwendungen und Enttäuschung erfolgt. Doch die Energiepolitik gehörte schon immer zu den entscheidenden gesellschaftlichen Konfliktfeldern der Bundesrepublik. Konflikte wie in Whyl, Brokdorf oder Wackersdorf haben die politische Debatte und die Parteienlandschaft in Deutschland geprägt.

### Energiewende ist kein neues Phänomen

Franz-Josef Brüggemeier von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zeichnet in seiner Studie für die FES diese Konflikte um die Ausrichtung der Energiepolitik in Deutschland nach. Er zeigt in seinem geschichtlichen Rückblick aber auch auf, dass Energiewenden keine neuen Phänomene sind. Das Energiesystem hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach gewandelt: von der Wasserkraft und Holz als Hauptenergie-



quellen über die Kohle und das Öl, später Atomkraft hin zu erneuerbaren Energiequellen. Die Energiewenden erlaubten es, immer größere Energiemengen bei geringerem Mitteleinsatz zu erzeugen. Sie führten durch den Einsatz neuerer Produktionsmethoden zu Produktivitätssprüngen und steigerten damit den gesellschaftlichen Wohlstand.

### **Interessenausgleich als Aufgabe der Sozialen Demokratie**

Die Transformation der Energiesysteme ging mit der Industrialisierung und der Entstehung moderner Industriegesellschaften einher. Mit der Industrialisierung entstand die Soziale Demokratie als politische und gesellschaftliche Bewegung, die nach wie vor mit den Beschäftigten in der Industrie verbunden ist. Brüggemeier sieht es als Schlüsselaufgabe für die Soziale Demokratie an, dass sie sich um einen Interessenausgleich zwischen Gewinner\_innen und Verlierer\_in-

nen der Energiewende bemüht, um die Energiewende als gesellschaftliches und wirtschaftliches Modernisierungsprojekt voranzubringen. Diese Aufgabe wird umso wichtiger, je schneller die Europäisierung der Energiepolitik vorankommt. Daher muss sich die Soziale Demokratie für die Errichtung eines europäischen Energiebinnenmarkts (Stichwort: Europäische Energieunion) stark machen, damit die Energiewende auf europäischer Ebene gelingt. ●

**Philipp Fink** ist Referent für die Themen Klima, Energie, Umwelt.



#### **Sonne, Wasser, Wind:**

Die Entwicklung der Energiewende in Deutschland  
*Franz-Josef Brüggemeier*

↓ <http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=11579&ty=pdf>

# politik für europa

## # 2017 plus

Drei Themen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem Projekt »Politik für Europa«: die wirtschaftliche und soziale Krise, aufkommende Zweifel an der Demokratie und außen- und sicherheitspolitische Verwerfungen. Während die ersten beiden Herausforderungen die Substanz der politischen Integration beim Bürger infrage zu stellen drohen, könnte die äußere Bedrohung eher mehr Unterstützung für das europäische Projekt hervorbringen. Wir diskutieren progressive Politikvorschläge, die die Sorgen und Befürchtungen der Bürger zur europäischen Integration aufnehmen, die europapolitische Rhetorik auf ihren Gehalt abklopfen und schließlich Anhaltspunkte für eine Europapolitik geben, die näher bei den Menschen ist.

Die FES identifiziert und formuliert in ihrem Projekt »Politik für Europa« für alle drei Bereiche inhaltliche Positionen und Alternativen zu Politikansätzen und treibt so die Debatte über die Zukunft Europas voran.

# Wenn nicht jetzt, wann dann?

## Europa fehlt eine gemeinsame Sicherheitspolitik

Von Uwe Optenhögel

**J**ean Monnet, einer der Gründerväter der Union, sagte einmal: »Europa wird in Krisen geschmiedet, und es wird einst die Summe der Lösungen sein, die man für diese Krisen erdacht hat.« Heute nähert sich die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einem Zustand, den man als eine prägende Krise bezeichnen könnte. Denn zahlreiche internationale Konflikte und sich überraschend und schnell abzeichnende globale Trends haben die europäische Rolle als sicherheitspolitischer Akteur unterminiert.

Russlands Annexion der Krim, die Destabilisierung der Ostukraine und militärische Provokationen mehrerer EU-Mitgliedsstaaten haben die nach dem Ende des Kalten Krieges etablierte europäische Sicherheitsordnung infrage gestellt. Und sie haben ins Bewusstsein zurückgerufen, dass Angriff und territoriale Besetzungen wieder zu einer Möglichkeit der Auseinandersetzung werden können.

Extremismus in der Nachbarschaft und Radikalisierung zu Hause lassen in der EU die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen. Anstatt von einem Ring

von Freunden ist die Union von einem Ring gescheiterter Staaten umgeben, der vom Sahel über das Horn von Afrika, durch den mittleren Osten, über den Kaukasus bis zu den nahen Frontlinien in Osteuropa reicht. Keine anderer »Global Player« sieht sich zurzeit in seiner strategischen Nachbarschaft einem solchen Chaos gegenüber.

Angesichts dieser Lage wird deutlich, dass Sicherheit und Verteidigung das bei Weitem schwächste Glied in der Kette der europäischen Einigung sind. Über Jahre hinweg haben unkoordinierte Einschnitte bei den Verteidigungsausgaben die außen- und sicherheitspolitische Rolle der EU in einer inzwischen multilateralen Welt untergraben.

### Mutige Schritte erforderlich

Die politischen Eliten in den Mitgliedsländern haben aber nicht nur weitgehend die Bedrohungslage ignoriert. Sie haben auch die Stimmungslage in der europäischen Öffentlichkeit unterschätzt, die sich im zurückliegenden Jahrzehnt bei Umfragen konstant zu circa 70 Prozent für ein breit angelegtes europäisches Verteidigungsprojekt ausgesprochen hat.



Es ist daher an der Zeit, dass die EU mutige und konkrete Schritte in Richtung auf eine deutlich verbesserte sicherheitspolitische Kooperation unternimmt. Die Kosten mangelhafter Abstimmung in der Verteidigungspolitik wurden 2013 in einem Bericht des Europa-Parlaments auf jährlich circa 26 Mrd. Euro geschätzt. Sie könnten noch erheblich steigen, wenn sich die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen weiter verschlechtern. Die Mitgliedsländer könnten eine Menge mehr für die 190 Mrd. Euro bekommen, die sie jährlich für Verteidigung ausgeben, um 28 nationale Armeen mit 1,5 Mio. Soldaten zu unterhalten. Zusätzlich zu den ökonomischen Argumenten gibt es genug politische, moralische und strategische Aspekte, die die Union dazu drängen, ihre verteidigungspolitischen Anstrengungen zu erhöhen.

Die EU sollte ihre strategischen und institutionellen Fähigkeiten ebenso stärken wie die Kooperation bei der Nutzung von Ressourcen. Letztlich sollte dieser Prozess in eine »Europäische Verteidigungsunion« münden, die nicht mit der NATO konkurriert, sondern sie bei der territorialen Verteidigung unterstützen könnte. Darüber hinaus würde eine ambitionierte EU-Außenpolitik darauf abzielen, Instabilität und Fragilität in den Nachbarländern abzubauen und sicherheitspolitische Verantwortung für die Rückkehr zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung zu übernehmen. Eine derartige Politik sollte auch Investitionen in innovative Forschungsvorhaben fördern und so zum Erhalt einer konkurrenzfähigen industriellen Basis für die europäische Verteidigung beitragen. Auf seinem Gipfel im vergangenen Juni hat der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs weitere Schritte zu einer besseren Abstimmung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unternommen.

Ohne einen starken militärischen Arm wird die Union ihren Anspruch nicht erfüllen können, im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zu Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedensförderung beizutragen. Jetzt gäbe es eine

Jetzt gäbe es eine Chance,  
eine Zukunft in Frieden und Wohlstand  
abzusichern und dabei den  
Erwartungen ihrer Bürger (ebenso)  
zu entsprechen wie denen ihrer  
internationalen Partner.

Chance, eine Zukunft in Frieden und Wohlstand abzusichern und dabei den Erwartungen ihrer Bürger (ebenso) zu entsprechen wie denen ihrer internationalen Partner.

### Empfehlungen an die europäische Politik

Vor diesem Hintergrund hat das Brüsseler Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit dem Center for European Policy Studies (CEPS) bereits im Sommer 2014 die Thematik auf europäischer Ebene aufgegriffen. Es wurde eine Task-Force unter Leitung des ehemaligen hohen Außenbeauftragten der EU und Ex-NATO Generalsekretärs, Javier Solana, ins Leben gerufen. Diese Gruppe hochrangiger Politiker\_innen und Expert\_innen hat eine Bestandsaufnahme der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorgenommen sowie

Empfehlungen an die europäische Politik in den Mitgliedsstaaten formuliert. Von deutscher Seite haben mit Hans-Peter Bartels (SPD) und Roderich Kiesewetter (CDU) zwei führende Verteidigungs- bzw. Außenpolitiker der Regierungsfraktionen an der Arbeit mitgewirkt.

Angesichts der Sensibilität und Wichtigkeit des Themas wird die FES versuchen, über ihr Netz von Büros in Europa gemeinsam mit ihrem Partner CEPS eine öffentliche Diskussion anzustoßen. Die Ergebnisse der Task-Force sind inzwischen nicht nur der Außenbeauftragten der EU, Federica Mogherini, überreicht worden. Sie wurden auch im Europaparlament bekannt gemacht und an den Europäischen Rat gerichtet. Öffentlich vorgestellt wurde der Bericht bisher in Riga, Brüssel und London, Paris, Madrid, Rom, Helsinki und Berlin. Eine Fortsetzung der Debatte ist in weiteren europäischen Hauptstädten und in Washington geplant. ●

**Uwe Optenhögel** ist Leiter des Europa-Büros der FES in Brüssel.

# Maritime (Un-)Sicherheit

## Lösungen jenseits der Eindämmung von Piraterie

Von Elisabeth Braune und Arne Schildberg

Die Europäische Union sieht sich international ganz neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen gegenüber. Dass keiner der Mitgliedsstaaten diesen Herausforderungen allein entgegenzutreten kann, ist offensichtlich. Weitgehend unklar bleibt aber bisher, welche Antworten auf neue sicherheitspolitische Fragen gegeben werden müssen. Um die Debatte über die institutionelle Verankerung der Europäischen Sicherheitspolitik unter dem Stichwort »Europäische Verteidigungsunion« mit Leben zu erfüllen, müssen auch wichtige inhaltlichen Fragen geklärt werden: Wie geht die EU mit sicherheitspolitischen Problemen außerhalb Europas um? Wo sind militärische, wo diplomatische und wo entwicklungspolitische Komponenten zur Konfliktbearbeitung wichtig?

Besonders hohes Interesse liegt in der Erhaltung der maritimen Sicherheit vor allem der internationalen Schifffahrtswege. Ausdruck dieser Bedeutung ist die EU-Mission Atalanta im Indischen Ozean, die der Piraterie am Horn von Afrika entgegentritt. Durch die Einbeziehung der Europäischen Union in internationale sicherheitspolitische Dialogforen leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung einen wichtigen Beitrag zur Formulierung einer zukunftsorientierten europäischen Sicherheitspolitik.

Nach langen Jahren der Vernachlässigung maritimer Sicherheitsaspekte verabschiedete der Europäische Rat im Juni 2014 eine eigene Sicherheitsstrategie für den globalen maritimen Bereich, der zugleich Referenzpunkt für alle zukünftigen nationalen und regionalen Ansätze sein soll. Und seit

dem G7-Gipfel in Lübeck im April 2015 hat es Maritime Sicherheit nunmehr endgültig auf die globalen Agenda geschafft: Die Außenminister verabschiedeten eine Deklaration, die Maritime Sicherheit als Eckpfeiler interkontinentalen Handels und damit auch globaler Stabilität und Entwicklung bewertet.

Bemerkenswert ist dabei insbesondere, dass eine Öffnung des Sicherheitsbegriffs vollzogen wurde, die Expert\_innen im Sinne von »menschlicher Sicherheit« seit einiger Zeit einfordern.

Aus der Perspektive »menschlicher Sicherheit« geht die Frage maritimer Sicherheit weit über die Sicherung gegen Piraterie hinaus. Menschen, die am und auf dem Meer leben, werden aber auch durch Müll, Giftstoffe und illegale Fischerei oder illegalen Menschen- und Waffenhandel bedroht.

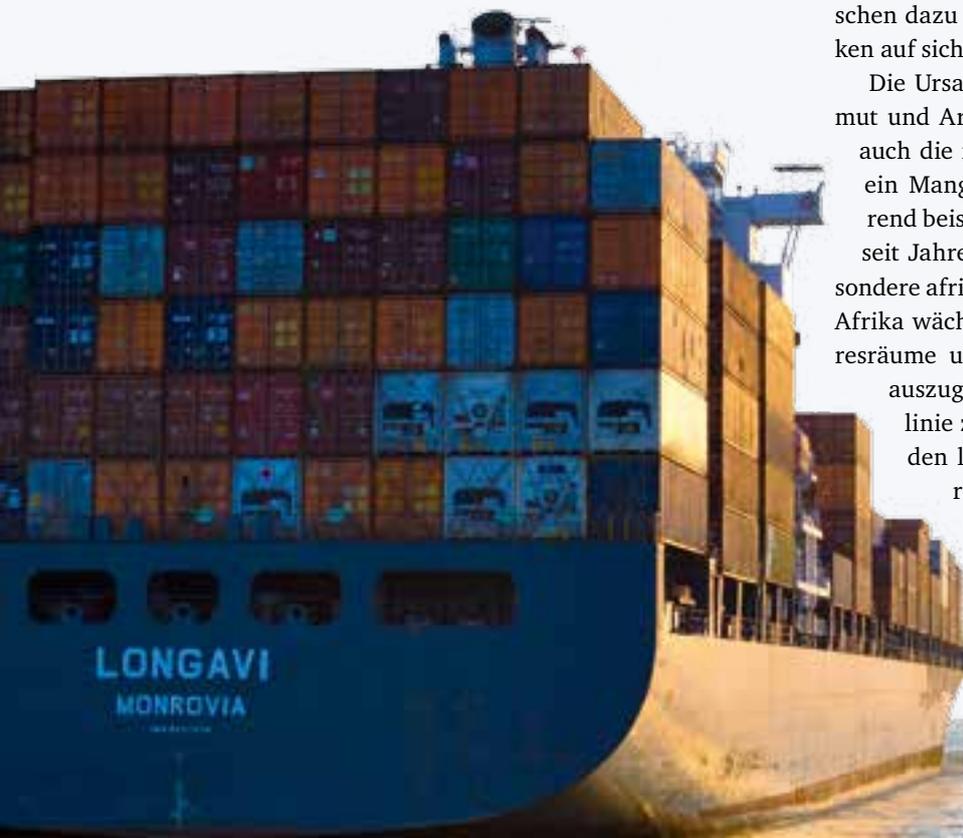
### Vielfältige Ursachen

Bei der Eröffnung der hochrangigen Konferenz »The Indian Ocean – A Maritime Region on the Rise« Anfang Juni im Auswärtigen Amt in Berlin wies der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Kurt Beck, auf die Aktualität der Herausforderungen maritimer Sicherheit hin: »Die dramatischen Bilder und tragischen Schicksale von immer neuen überfüllten Flüchtlingsbooten, im Indischen Ozean genauso wie im heimischen Mittelmeer, mahnen uns nachdrücklich, maritime Sicherheit nicht nur im engen Verständnis zu denken, sondern die Dimension von menschlicher Sicherheit, von den Ursachen der Unsicherheit, die Menschen dazu veranlassen, unvorstellbare Strapazen und Risiken auf sich zu nehmen, mitzudenken.«

Die Ursachen maritimer Unsicherheit sind vielfältig: Armut und Arbeitslosigkeit gehören zu den wichtigsten, aber auch die fehlende Verrechtlichung der Meeresräume und ein Mangel an länderübergreifender Kooperation. Während beispielsweise verschiedene asiatische Staaten schon seit Jahren gezielt ihre Seewege absichern, gelten insbesondere afrikanische Staaten als »meeresblind«. Aber auch in Afrika wächst das Bewusstsein für die Bedeutung der Meeresräume und der Wunsch, ihr wirtschaftliches Potenzial auszugestalten. Im Rahmen ihrer afrikaweiten Arbeitslinie zu Frieden und Sicherheit hat die FES deshalb in den letzten Jahren subregionale Studien und Konferenzen zu den unterschiedlichen Aspekten Maritimer Sicherheit in Afrika durchgeführt. ●

Elisabeth Braune ist Referentin im Afrikareferat.

Arne Schildberg ist Koordinator des Projekts »Politik für Europa«.





## EUROPÄISCHE UNION IM GESPRÄCH

# »Die EU und DU« Projektreihe an Schulen und Berufsschulen in Sachsen

Von Matthias Eisel und Maria Nobis

»Was hat die Europäische Union eigentlich mit mir als Schülerin oder Schüler in Sachsen zu tun, und welchen Einfluss hat sie ganz konkret auf meinen Alltag?«

Auf Basis dieser Fragestellung entwickelte das FES-Landesbüro Sachsen einen Projekttag rund um die Europäische Union unter der Überschrift »Die EU und DU«, der bei sächsischen Schulen und Berufsschulen auf ein überwältigendes Interesse stößt.

Im Schuljahr 2014/2015 gestaltete das Landesbüro Sachsen mit seinen Teamer\_innen, die meisten sind Student\_innen an Leipziger Hochschulen und der Universität, über vierzig Projekttag an Schulen im gesamten Freistaat. Der angemeldete Bedarf ging noch darüber hinaus.

Beim Projekttag kommen die Teamer\_innen mit Jugendlichen ab 14 Jahren über wichtige Fragen zur Europäischen Union ins Gespräch.

Der Projekttag ist kein Schultag im klassischen Sinne. Die Teilnehmenden lernen anhand regionaler, lebensweltorientierter Beispiele die Europäische Union kennen. Mithilfe abwechslungsreicher Methoden werden u. a. die Geschichte, die Gesetzgebung samt Institutionen sowie die einzelnen Handlungsfelder der EU beleuchtet.

Darüber hinaus werden aktuelle Themen aufgegriffen und kritisch diskutiert. So rückte im vergangenen Schuljahr die sogenannte »Griechenlandkrise« sowie die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik mehr und mehr in den Mittelpunkt.

Meike (18) aus Dresden: »Der Projekttag hat mich wirklich überrascht. Viele Sachen wusste ich irgendwie nur so halb. Das Asylthema hat mich dabei besonders bewegt. Als Klasse haben wir im Nachgang beschlossen, in Dresden alte Fahrräder für Asylbewerber zu sammeln.«

Sehr positiv bewertet wird dabei immer wieder die Behandlung kritischer Fragen, wie beispielsweise zum europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen TTIP, zum Wirtschaftsraum Europa im Vergleich beispielsweise zu China und den Wettbewerbschancen Deutschlands, wie auch zur europäischen Haltung im Ukrainekonflikt und

den Embargobestimmungen.

Beim Projekttag werden von der EU geförderte Ausbildungsprogramme für Schüler\_innen und Student\_innen vorgestellt und ein Blick auf EU-geförderte Projekte in den jeweiligen Heimatkommunen gerichtet. ●

»Ich hätte nicht gedacht, in wie vielen Bereichen die EU Teil meines Lebens ist. Also nicht nur geografisch.«

Benjamin (14) aus Breitenbrunn / Erzgebirge

Matthias Eisel ist Leiter des FES-Büros in Leipzig.  
Maria Nobis ist Teamerin des Projekts.

## BUCHVORSTELLUNG

### Erfolg in der Mitte der Gesellschaft – Rechtspopulismus in Europa – Von Markus Sommerstange

Die Beschäftigung mit dem Wirken rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen gehört zu den wichtigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ein neues, im Dietz-Verlag erschienenes Buch widmet sich nun dem »Rechtspopulismus in Europa«. Autoren aus unterschiedlichen Ländern beschäftigen sich mit den diversen Facetten des Rechtspopulismus in West- und Osteuropa und arbeiten in insgesamt zehn Fallstudien seine jeweiligen landesspezifischen Charakteristika heraus.

Warum gelingt es dem Rechtspopulismus in Europa, sich mit nachhaltigem Erfolg in der Mitte der Gesellschaft zu verankern? Sei es die »Griechenland-

krise«, die Flüchtlingsproblematik oder der militärische Konflikt in der Ukraine – bei Teilen der europäischen Bevölkerung scheint zunehmend der Eindruck zu entstehen, dass es den politisch Verantwortlichen an Antworten auf diese Herausforderungen mangelt.

Die Vermutung, ein Erstarken rechtspopulistischer Strömungen in den Ländern Europas ginge im Wesentlichen zulasten konservativer Parteien, erweist sich seit geraumer Zeit als Trugschluss. Es sind vor allem Parteien des eher linken politischen Spektrums, die Wähler an Rechtspopulisten verlieren. Umso wichtiger ist es für die linke Mitte, ein besseres Verständnis für die Motive und

Ursachen rechtspopulistischer Erfolge zu entwickeln. Zugleich muss die politische Linke eine Antwort auf die Frage finden, warum die Bürger\_innen Europas das Gefühl haben, gerade ihnen das Vertrauen entziehen zu müssen.

Markus Sommerstange ist Fachreferent und zuständig für Öffentlichkeitsarbeit der Bibliothek der FES.



**Rechtspopulismus in Europa**  
Gefahr für die Demokratie?  
Hillebrand, Ernst (Hg.)  
Bonn, Dietz, 2015.  
ISBN 978-3-8012-0467-9

## EUROPA-BLOGGER

# Wie denken die anderen? Studierende auf der Suche nach Erwartungen an Europa

Von Sohel Ahmed

**A**us historischer Perspektive ist die europäische Integration eine beispiellose politische Erfolgsgeschichte. Auch die Eurobarometer-Umfrage des Europäischen Parlaments im vergangenen Jahr fand heraus, dass eine Mehrheit der EU-Bürger eine Verbundenheit mit der EU empfindet und die Mitgliedschaft positiv bewertet. Wie denken die Menschen in verschiedenen Mitgliedsstaaten über Europa? Wie kann die ökonomische, soziale, kulturelle und politische Teilhabe im europäischen Integrationsprojekt verbessert werden?

Die Abteilung Studienförderung gibt neun Stipendiatinnen und Stipendiaten die Chance, den Fragen auf den Grund zu gehen, hinzuschauen und aufzudecken. Für jeweils sechs Tage reisen sie als Europa-Blogger\_innen zeitgleich in eine von sieben europäischen Städten, um ihre Eindrücke vor Ort in tägliche Berichte fließen zu lassen.

Nico Schmolke, der aus Bukarest berichten wird, bringt seine Erwartungen auf den Punkt: »Als Europa-Blogger will ich verstehen, was junge Menschen im chaotischen 21. Jahrhundert von der Europäischen Union erwarten. Wie sich die aktuellen Herausforderungen der Gemeinschaft in ihrem Leben reflektieren. Und wie die Menschen versuchen, das

Schicksal der Europäischen Union in die eigenen Hände zu nehmen.« Dieser Gedanke treibt auch Leonie Hauelsen um: »Ich möchte in Warschau herausfinden, was sich die polnischen Bürger\_innen von der EU wünschen beziehungsweise was ihnen noch fehlt – auch im Hinblick auf ihre Hoffnungen und Erwartungen beim Eintritt Polens in die EU 2004. Gerade in einem Land, in dem der nationale Gedanke stark verankert ist, möchte ich auch wissen, inwieweit sich die Polen als Europäer fühlen.«

Jonas Jordan hat sich vorgenommen, in Brüssel die europäische Sozialdemokratie näher zu beleuchten und die Ungleichheit innerhalb Europas zu thematisieren. Letzterer Aspekt wird sicherlich auch in der Berichterstattung aus Athen von Steffen Haake eine große Rolle spielen. Er möchte die Konsequenzen der europäischen Sparpolitik für die griechische Bevölkerung betrachten.

Die Beiträge sind auf dem Debattenportal der FES, [sagwas.net](http://sagwas.net), zu lesen. ●

Sohel Ahmed ist Referent in der Abteilung Studienförderung der FES.

metric

imp

50 grams — 2 00  
100 grams — 4 00  
200 grams — 8 00  
300 grams —

BESTANDSAUFNAHME

## Eine reale Gefahr

# Das britische Referendum als drohende Schlüsselfrage der EU

Von Ulrich Storck

Seit dem Wahlsieg der Konservativen Partei im Mai steht fest, dass Premier Cameron sein Versprechen eines Referendums zur britischen EU-Mitgliedschaft einlösen wird. Diese Zuspitzung wurde in den europäischen Nachbarländern mit nur mäßigem Interesse und ohne spürbare Beunruhigung aufgenommen. Zu sehr war man seither mit den aktuellen Krisen beschäftigt.

Die Behandlung der »britischen Frage« als Nebenschauplatz entspricht nicht der Tragweite des Plebiszits. Ein Austritt der zweitgrößten Volkswirtschaft könnte die Union in eine weitaus größere Krise stürzen als der des vergleichsweise leichtgewichtigen Griechenlands. Jenseits der wirtschaftlichen Konsequenzen würde dem Block der nordeuropäischen Nettozahler ein gewichtiger Protagonist des Freihandels und der Marktwirtschaft verloren gehen, die Protektionisten des Südens gewinnen weiter an Oberwasser. Großbritannien verfügt traditionell über bedeutende militärische und diplomatische Kapazitäten, die der EU als globalem Player verloren gingen – ebenso wie einen ihrer beiden Sitze im UN-Sicherheitsrat.

Zwar bekennen sich in ihren öffentlichen Verlautbarungen alle Staatenlenker Europas zum Verbleib des Landes in der Union. Gleichzeitig über-

wiegt – zumindest offiziell – Unnachgiebigkeit hinsichtlich der britischen Forderungen einer Neujustierung ihrer Beziehungen zur EU.

### Cameron braucht Verhandlungserfolg

Häufig wird fälschlicherweise angenommen, Cameron treibe das Land in den Austritt. In Wirklichkeit war das Versprechen des Referendums eine taktische – wenngleich unglückliche – Reaktion des Premiers auf den Druck von rechts, der sich bereits vor drei Jahren seitens der rechtspopulistischen UKIP, aber insbesondere auch in seiner eigenen Tory-Partei gegen ihn aufbaute.

Egal wie der Volksentscheid ausgeht – man wird Cameron immer vorwerfen können, dass er mit diesem Versprechen parteitaktische Interessen über die des Landes gestellt hat. Cameron sucht nun nach Zugeständnissen der Mitgliedsstaaten, die er zu Hause als Verhandlungserfolg verkaufen kann. Er wird sich dann an die Spitze einer Kampagne für den Verbleib des Landes in der EU stellen.

Bis zur Wahl ließ er die britische Öffentlichkeit bewusst im Unklaren über seine konkreten Forderungen, um keine Angriffsfläche zu bieten. Die nach der Wahl proklamierte Verhandlungsagenda erscheint bescheiden im Vergleich zu den umfassenden Reformvorhaben, von

denen vormals die Rede war. Kleinere Zugeständnisse bezüglich des Binnenmarktes – eine Erweiterung um Dienstleistungen und die digitale Wirtschaft – entsprechen den Zielen der neuen Kommission und sind daher erfüllbar. Aber wird das genügen, um die EU-Gegner vor allem in der eigenen Partei zufrieden zu stellen? Eher nicht: Bereits jetzt ist rund ein Drittel seiner Fraktion für einen Austritt, unabhängig davon, welches Ergebnis Cameron in Brüssel erzielt.

Seit 2013 weisen Umfragen stets eine knappe Mehrheit in der Bevölkerung für den Verbleib in der EU aus, die letzten zeigen 55 Prozent pro und 45 Prozent contra.

Eine Lehre aus anderen Referenden ist, dass circa ein Drittel der Bürger grundsätzlich mit »Nein« stimme. Ein weiteres Drittel wäre den rationalen Argumenten für den Verbleib aus nationalen – vornehmlich wirtschaftlichen – Interessen aufgeschlossen und würde für den Verbleib stimmen. Das letzte Drittel ist die maßgebliche Zielgruppe der vielfältigen Kampagnen, die sich bereits formieren für die entscheidende Schlacht um die Zukunft des Landes.

### Suche nach zugkräftigen Argumenten

Fest steht, dass vielfältige politische, wirtschaftliche und zivile Interessengruppen ihre eigenen Kampagnen füh-



ren werden und sich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen.

Während die EU-Gegner mit eingängigen, emotional-populistischen Slogans Stimmung gegen die EU machen, ist die Pro-EU-Seite noch auf der Suche nach zugkräftigen Argumenten. Aus dem Schottland-Referendum im vergangenen Herbst hat man die Lehre gezogen, dass alleine das Schüren von Angst vor wirtschaftlichen Konsequenzen wenig bewirkt, oft gar zu Trotzreaktionen führt. Obwohl die Briten seit jeher keine emotionale Bindung an Europa verspüren, müssen doch Argumente gefunden werden, die positive Emotionen ansprechen. Gleichzeitig muss der Eindruck einer Eliten-Debatte vermieden werden, auch pro-europäische Argumente müssen stamm-tischtauglich gestaltet werden.

Mit der Entwicklung und dem Testen solcher Argumentationen beschäftigen sich in diesem Herbst die politischen Denkfabriken in Westminster, auch die FES London ist Partner solcher Vorhaben. Für die politische Arbeit in London wird das Referendum das dominierende Thema der kommenden Monate sein, und wir bemühen uns um unseren Beitrag zu einem – im europäischen Sinne – guten Ausgang der Volksbefragung. ●

**Ulrich Storck** ist Leiter des FES-Büros in London.

## ZUM NACHLESEN

### »Too much, too fast«

#### Analysepapier zu den Reformen in Griechenland

In den Verhandlungen über das dritte Hilfspaket für Griechenland entstand oft der Eindruck, dass sich in Griechenland seit dem Beginn der Krise im Jahr 2010 nicht viel getan hat. Tatsächlich hat das Land erhebliche Reformanstrengungen unternommen, wie sowohl internationale Organisationen als auch das Bundesfinanzministerium bestätigen.

Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen blieben unbeachtet. Die europäischen Kreditgeber haben jedoch die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen grundlegend falsch eingeschätzt. Die Kombination von Ausgabenkürzungen und Struktur-reformen war eine Schocktherapie mit ungeahnten Folgen. Innerhalb weniger Jahre ist die Wirtschaftsleistung um 26 Prozent eingebrochen und die Armutsquote um 17 Prozent gestiegen. Es gab praktisch keine Maßnahmen, um diese Entwicklungen abzufedern.

Nicht Deregulierung und Liberalisierung, sondern eine echte Wachstumsstrategie ist notwendig. In Griechenland sind weitere große Einschnitte notwendig. Es braucht eine

Regierung, die die Bereitschaft dazu schaffen und kanalisieren kann. Auf der europäischen Seite sind die Bedingungen nicht weniger erheblich, sie reichen von der Einsicht über die Unzulänglichkeit der bisherigen Reformanforderungen bis zur Abfederung von sozialen Härten.

Für das dritte Hilfspaket ist eine Wachstumsstrategie für Griechenland notwendig. Ein Niedriglohnmodell durch interne oder externe Abwertung ist ebenso wenig tragfähig wie ein Nachfragemodell, das zu dauernden Leistungsbilanzdefiziten führt. Griechenland braucht eine global wettbewerbsfähige Produktion. Dafür müssen Investitionsanreize und institutionelle Koordinierungskapazitäten geschaffen werden.



**»Too much, too fast«**  
Was aus den Reformen in Griechenland gelernt werden kann  
*Alexander Schellinger*

↓ [library.fes.de/pdf-files/id/ipa/11529.pdf](https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/11529.pdf)

### Mit besten Empfehlungen?

#### Reformauflagen der EU und die Zukunft des Euros

Der Euro kann nur funktionieren, wenn die EU-Mitgliedsstaaten ihre Wirtschaftspolitiken effektiv koordinieren. Während der Eurokrise wurden deshalb neue Instrumente eingeführt, die eine Stärkung der Konditionalität vorsehen. In der Arbeit des Internationalen Währungsfonds war damit ursprünglich die Verbindung von Kreditauszahlungen mit Reformauflagen gemeint. Die europäischen Kreditgeber haben ihre Hilfsprogramme nach diesem Konzept ausgerichtet.

In einer Studie der Reihe »Internationale Politikanalyse« ist Prof. Frank Schimmelfennig von der ETH Zürich der Frage nachgegangen: Was können wir aus den Erfahrungen der EU-Beitrittskonditionalität für die

Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) lernen?

Seine Antwort: Während in der Beitrittskonditionalität das Hauptproblem die mangelnde Glaubwürdigkeit der Versprechungen ist, leidet die WWU-Konditionalität unter der mangelnden Glaubwürdigkeit der Drohungen.



**Konditionalität in der Wirtschafts- und Währungsunion** – Was können wir von der EU-Beitrittskonditionalität lernen?  
*Frank Schimmelfennig*

↓ [library.fes.de/pdf-files/id/ipa/11498.pdf](https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/11498.pdf)

# Notizen

++ »7.000 oder 8.000 **Salafisten** prägen hierzulande das Bild des Islam. Dabei leben in Deutschland mehr als vier Millionen Muslime, die nicht radikaler und genauso gesetzestreu sind wie ihre Mitbürger.« Der Islam- und Politikwissenschaftler Dr. Marwan Abou-Taam zeichnete auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kreisgruppe Oberpfalz-Süd der Reservistenkameradschaft ein sehr differenziertes Bild des Islam. Dr. Abou-Taam sucht Antworten auf die Frage: »Was treibt junge, in Deutschland geborene und aufgewachsene Muslime dazu, sich für radikale Strömungen im Islam zu begeistern?« Aus zahlreichen Gesprächen mit Islamisten zieht der für das LKA in Mainz tätige Politologe den Schluss: »Wer sich erst einmal zum Salafismus bekennt, ist nur noch schwer zu deradikalisieren.« ++

## Reform der Erbschaftsteuer



++ Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2014 muss die Erbschaftsteuer neu geregelt werden. Eine kontroverse Debatte

über Reformoptionen fand am 9. Juli in Berlin auf einer Veranstaltung des Managerkreises statt. Wie real sind die Ängste vor Arbeitsplatzverlusten bei einer leistungsgerechteren Besteuerung? Fördert das vom Managerkreis vorgeschlagene Modell, in dem alle Vermögensgegenstände einem einheitlichen Steuertarif unterworfen werden, die Leistungsgerechtigkeit? Diese Fragen bildeten das Spannungsfeld der Diskussion zwischen Dr. Nils Schmid, Minister für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg, Klaas Hübner, Sprecher des Managerkreises, Cansel Kiziltepe, MdB, Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für die Erbschaftsteuer, und Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. ++ (Foto: Mark Bollhorst)

## Schwimmen gegen den Strom

### Der FES-Menschenrechtspreis für jüdisch-arabisches Zusammenleben in Israel

++ Der festgefahrene israelisch-palästinensische Konflikt und die politischen Spannungen in der Region führen auch in die israelische Gesellschaft hinein. Daher ist, vor allem in den letzten Jahren, ein friedliches Zusammenleben zwischen der palästinensisch-arabischen Minderheit (20 Prozent) und der jüdischen Mehrheit in Israel eine immer größere Herausforderung. Viele Menschen – Juden wie Araber – nehmen diese Realität resigniert zur Kenntnis. Jedoch gibt es auch Menschen im Land, die sich dieser Herausforderung stellen.

Aus diesem Grund wurde der am 5. November der **FES-Menschenrechtspreis 2015** an zwei gesellschaftlich besonders engagierte Personen aus Israel verliehen: an den palästinensisch-arabischen Israeli Hassan Atamneh, Bürgermeister der arabischen Ortschaft Kafr Qara, und an den jüdischen Israeli Ilan Sadeh, Vorsitzender des Menashe Regional Council. Beide setzen sich im Rahmen des Shared Communities Programm der Organisation Givat Haviva auf kommunaler Ebene für die Gleichberechtigung sowie ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben arabischer und jüdischer Bürger\_innen in Israel ein.

++ (Foto: Neighbors of Peace – Wadi Ara)



Hassan Atamneh engagierte sich u. a. für eine Initiative von Bürger\_innen aus jüdischen und arabischen Ortschaften, die wöchentlich unter dem Motto »Nachbarn weigern sich, Feinde zu sein« demonstrierten.

++ »Praktisch« – ein Wort, welches auf den deutschen Charakter perfekt zugeschnitten sei, behauptet Gad Yair, Soziologe an der Hebräischen Universität in Jerusalem und Autor des neu erschienenen und bei der FES Israel vorgestellten Buches »Liebe ist nicht praktisch«, in dem er den »typischen« Deutschen aus der Sicht von Israelis, die in Deutschland leben, porträtiert. Auf der Suche nach einem nationalen Charakter findet er eine bipolare Persönlichkeit: »Die Deutschen haben die verrückte Fähigkeit, in extremer Polarität zu leben – bei der Arbeit ein bestimmter Mensch zu sein und im Privatleben ein völlig anderer.« ++

++ Russland, das am Bologna-Prozess teilnimmt, durchläuft die größte Hochschulreform seiner jüngeren Geschichte. Universitäten werden zusammengelegt, Studiengänge modularisiert und untereinander vernetzt und Professoreinstellen werden mittelfristig abgebaut. Auf Einladung der FES und der Lomonossov-Universität wurde im Juni 2015 ein russisch-deutscher Hochschuldialog geführt, der sich praktischen Fragen der Bologna-Umsetzung, der akademischen Mobilität zwischen den Ländern, der Rolle und Aufgaben moderner Universitäten sowie dem Selbstverständnis der Studierenden in beiden Ländern widmete. Die Botschaft war klar: Deutsche Universitäten sind trotz der aktuellen politischen Verstimmungen auch weiterhin Russlands weltweiter Partner und Vorbild Nummer Eins und nach wie vor ist Deutschland das Hauptziel für russische Studierende im Ausland. ++



++ Grundsätzliche Fragen zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik haben Hochkonjunktur und spiegeln sich auch in der Arbeit der FES Polen wider. Die Auswirkungen von TTIP auf Polen beleuchtete u. a. die ehemalige deutsche Justizministerin Herta Däubler-Gmelin im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung. Sie warnte dabei vor einer »Privatisierung des öffentlichen Gemeinwesens«. ++ (Foto: FES)

++ Von der Gefahr einer verstärkten Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen sehen sich auch die wirtschaftlich schwächeren Regionen der baltischen Staaten bedroht. Die Herausforderungen bestes zu steigern und langfristig zirkuläre Migration zu fördern. Um Möglichkeiten einer nachhaltigen Verbesserung zu erarbeiten, luden das lettische Außenministerium und die European Latvian Association im Rahmen der lettischen EU-Ratspräsidentschaft zu einer internationalen Expert\_innenkonferenz nach Riga ein. Die Konferenz fand in Kooperation mit der European Commission Representation in Latvia, dem Latvian Institute of International Affairs und der Friedrich-Ebert-Stiftung in der lettischen Nationalbibliothek statt. ++

++ In China sucht man schon seit Längerem nach einem Ausweg aus der reinen Billiglohnfertigung hin zu einer Hightech-Wirtschaft. Daher ist das Interesse an Konzepten wie dem in Deutschland geprägten Begriff Industrie 4.0 äußerst groß. Die von Prof. Dr. Daniel Buhr verfasste FES-Studie »Soziale Innovationspolitik für die Industrie 4.0« stieß bei verschiedenen Veranstaltungen mit akademischen und regierungsnahen Institutionen in Shanghai auf entsprechend großes Interesse. Dabei hob Buhr hervor, dass technische Innovationen nur dann wirklich erfolgreich sein könnten, wenn sie auch an soziale Innovationen gekoppelt seien. ++



## Gerechtigkeitswoche

++ Die bereits vierte internationale Themenwoche »Zeit für Gerechtigkeit« stand dieses Jahr unter dem Motto »#JUSTAINABILITY – Wege in sozial-ökologische Gesellschaften«. Die rund 1.000 Besucher\_innen diskutierten mit internationalen Gästen, wie der indischen Wissenschaftlerin und sozialen Aktivistin Vandana Shiva oder dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Ecuadors, Alberto Acosta, über politische Alternativen hin zu umwelt- und sozialverträglicheren Gesellschaften. In Theaterworkshops, bei Musik, Film und einem Kunstprojekt wurden sozial-ökologische Ansätze präsentiert, die sich auch im eigenen Leben umsetzen lassen. ++ (Foto: Jens Jeske)

➔ [www.fes.de/gerechtigkeitswoche/](http://www.fes.de/gerechtigkeitswoche/)



## Goldenes Jubiläum in San José

++ Costa Rica ist eine der Keimzellen des Engagements der FES in Lateinamerika. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Stiftungsarbeit empfing der Staatspräsident Costa Ricas, Luis Guillermo Solís, am 16. April 2015 den FES-Vorsitzenden Kurt Beck, und Vorstandsmitglied Dr. Roland Schmidt in seinem Amtssitz in San José.

Solís lobte den kontinuierlichen Beitrag der FES für die Entwicklung der Gesellschaft. Zu den bewegendsten Momenten eines Festaktes im Parlament gehörten die Ausführungen des ehemaligen Präsidenten des Landes und langjährigen Weggefährten der FES, Luis Alberto Monge. Die Unterstützung der FES habe auch vielen Menschen in der Region geholfen – insbesondere linken Kräften in den Zeiten von Diktatur, Willkürherrschaft und Verfolgung in den 1970er und 1980er Jahren.

Solís, der in den letzten zehn Jahren als Dozent für das FES-Ausbildungsprogramm Agentes de Cambio und als Experte im regionalen FES-Sicherheitsprojekt aktiv war, will die extreme Armut in Costa Rica in seiner Amtszeit halbieren und durch eine Steuerreform Sozialprogramme und Bildungsprojekte finanzieren.

(Foto: FES) ++

++ Anlässlich des **25-jährigen Bestehens** des FES-Büros in Warschau hatte die FES zur Konferenz »Erinnerung, Zusammenarbeit, Zukunft: Polen und Deutschland für Europa« in den Jan-Kilinski-Konferenzsaal des Polnischen Handwerkervereins eingeladen. Nach den Eröffnungsreden des ehemaligen Staatspräsidenten Alexander Kwaśniewski, dem früheren Ministerpräsidenten Bran-

denburgs, Matthias Platzeck, sowie dem deutschen Botschafter Rolf Nickel diskutierten u. a. Dietmar Nietan, MdB, Klara Geywitz, MdL, und die Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform, Gesine Schwan, über die »Krise der parlamentarischen Demokratie«. ++

++ Knapp 100 Expert\_innen aus der Non-Profit-Szene nahmen an der Fachtagung der Akademie Management und Politik am 22. Juni teil. Die Teilnehmer\_innen diskutierten über Chancen und Grenzen von Social Media für die eigene Organisation. Vor allem aber übten sie sich in der Praxis von Social Media Tools – in Workshops, bei einem Markt der Möglichkeiten und einem Open Space. ++

➔ <http://www.fes.de/de/rueckblick-fachtagung-non-profits-und-social-media/>

++ Um einen fairen sportlichen Wettbewerb zu garantieren und gesundheitliche Risiken für die Sportler\_innen auszuschließen, hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf beschlossen, der eine wesentliche Verschärfung strafrechtlicher Verfolgung von Doping-Verstößen vorsieht. Maßgeblich beteiligt an dieser Initiative ist neben Bundesinnenminister Thomas de Maizière auch Bundesjustizminister Heikos Maas. Stellvertretend nahm der Abteilungsleiter im BMJV, Hans Georg Baumann, am 2. Juli an einer Veranstaltung des FES-Regionalbüros Mainz teil, die sich im Olympiastützpunkt Hermann-Neuberger-Sportschule in Saarbrücken mit der Doping-Problematik beschäftigte. Besondere Kompetenz brachte die stellvertretende Ministerpräsidentin des Saarlands Anke Rehlinger ein, die früher selbst Leistungssportlerin war. ++

++ Die Auswirkungen der Krisenkaskade der Europäischen Union zeigen sich in besonderem Maße in den sogenannten »Programmländern« im Süden Europas. Auf Grundlage des Fiskalpaktes werden diesen Ländern durch die Europäische Kommission harte finanzielle Einschnitte und Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auferlegt. Die damit verbundenen Maßnahmen treffen vor allem die ohnehin benachteiligten Teile der Bevölkerung. Als weitere Opfer können die Gewerkschaften dieser Länder gelten, die

dabei zusehen müssen, wie mühsam erkämpfte Arbeitnehmerrechte und Tarifverträge ausgehöhlt werden. Um über mögliche Alternativen zu dieser Politik zu diskutieren, trafen sich vom 8. bis 10. Juni 2015 in Stuttgart Nachwuchskräfte von Hans-Böckler-Stiftung, FES, DGB und SPD. Den Abschluss des Seminars bildete ein Treffen mit einem Vertreter des Gesamtbetriebsrats der Daimler AG, der die Arbeit des Weltbetriebsrates vorstellte. ++



**++ Wohnraumknappheit, Abfallentsorgung und öffentlicher Nahverkehr sind Baustellen jeder Stadtverwaltung weltweit, besonders in den Metropolen. Wie diese Aufgaben nachhaltig und sozial gerecht zu bewältigen sind, diskutierte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, bei einem von der FES vorbereiteten Besuch in Buenos Aires im**

**April mit der Präsidentschaftskandidatin der progressiven Allianz, Margarita Stolbizer. Michael Müller und Margarita Stolbizer unterstrichen in ihren Beiträgen die öffentliche Verantwortung in der Nutzung von städtischem Grund und Raum. ++ (Foto: FES)**

**++ Die Biodiversitätsstrategie der Europäischen Kommission hat das Ziel, bis 2020 den Verlust von Artenvielfalt und die Verschlechterung von Ökosystemleistungen einzudämmen. Wenige Monate vor deren offizieller Evaluation kamen im Mai Expertinnen und Experten auf Einladung des lettischen Ministeriums für Umweltschutz und regionale Entwicklung und u. a. der FES in Riga zusammen, um sich über Erfolge und Misserfolge in der bisherigen Umsetzung dieser Strategie auszutauschen. Obgleich die EU**

**sich im weltweiten Vergleich am intensivsten für Biodiversität engagiert, wurden Umsetzungsdefizite diagnostiziert. Die Fachleute erarbeiteten Politikempfehlungen, die auch bei einem Treffen des Europäischen Umweltbüros (EEB) vorgestellt wurden. ++**

### Mali: Eine Chance für Frieden



**++ Eine hochrangige Delegation aus Mali informierte sich in Erfurt und Berlin über die Praxis des Föderalismus und des subsidiären Staatsaufbaus in Deutschland. Hierzu trafen sie u. a. Bundesratspräsident Volker Bouffier, Bundestagsvizepräsidentin Edelgard Bulmahn und den thüringischen Innenminister Holger Poppenhäger. Die gewonnenen Eindrücke sollen nun in die Planungen für den Aufbau von regionalen Gebietskörperschaften in Mali einfließen. Die Regionalisierung des malischen Staates ist Kernstück des jüngst zwischen der Regierung und den bewaffneten Gruppen unterzeichneten Friedensvertrags. Eine Meinungsumfrage der FES Bamako, das »Mali Mètre«, erhebt u. a. die Einstellung der Malier zum Friedensvertrag. (Foto: FES) ++**

**➔ [www.fesmali.org/index.php/malimetre](http://www.fesmali.org/index.php/malimetre)**

### Neu: Politische Bildung in der Hosentasche

**++ Die Akademie für Soziale Demokratie (ASD) ist ein Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, das Raum für das Nachdenken über die großen Fragen von Grundwerten und Grundrechten schafft. Auf das Angebot der ASD lässt sich mit der App »FES Soziale Demokratie« nun jederzeit bequem zugreifen: Verfügbar sind Lese- und Hörbücher sowie Lehrfilme.**

**Aus der App heraus können Seminare recherchiert und direkt gebucht werden. Aktuelle Nachrichten und Benachrichtigungen informieren über neue Angebote und interessante gesellschaftspolitische Entwicklungen. ++**



**Die App ist kostenlos verfügbar**



**Android**



**iPhone/iPad**

**++ 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges stellt sich für Erzieher\_innen sowohl in Israel als auch in Deutschland die Frage: Kann man der jungen Generation von heute das Gedenken an die Shoah auf eine für ihre Lebenswirklichkeit relevante Art und Weise vermitteln?**

**Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin aus NRW und stellvertretende Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, diskutierte mit Vertreter\_innen der israelischen Gewerkschaftsjugend im Massuah-Institut für Holocauststudien, einem Partnerinstitut der FES Israel, über mögliche Wege und Formen. ++**

# Lesempfehlungen

## PERSPEKTIVE



**Russland**  
Umgang mit  
einem schwierigen  
Partner  
*Niels Annen*



**Das Rätsel Tsipras**  
Griechenland nach  
dem Referendum  
*Christos Katsioulis,  
Nicole Katsioulis*

## STUDIE



**Die völkerrechtliche  
Dimension  
autonomer Waffen-  
systeme**  
*Robin Geiss*

## WISO DIREKT

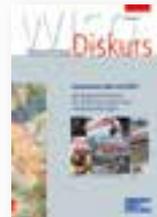


**Das Aschenputtel-  
Konzept:**  
Die Guten ins  
Töpfchen,  
die Schlechten  
ins Kröpfchen?  
*Claudius Voigt*



**Die griechische  
Schuldendebatte  
und das Mantra von  
den »notwendigen  
Strukture Reformen«**  
*Philipp Heimberger*

## WISO DISKURS



**Kooperation oder  
Konflikt?**  
Berufsgewerk-  
schaften im  
deutschen System  
der Arbeits-  
beziehungen  
*Berndt Keller*

## FORUM BERLIN



**Der Geist von  
Pegida ist längst  
aus der Flasche  
Europas Rechte –  
ein Jahr nach der  
Europawahl  
vom Mai 2014**  
*Werner A. Perger*



**Die rechtliche  
Anerkennung  
des Islams in  
Deutschland**  
*Riem Spielhaus,  
Martin Herzog*

## FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT



**Zeit für Familie  
und Beruf**  
Was Mütter und  
Väter wollen  
*Barbara König,  
Jonathan Menge,  
Christina  
Schildmann*



Hier finden Sie  
sämtliche aktuelle  
Publikationen  
der FES

# Liebe Leserin, lieber Leser

**Mit diesem Heft liegt Ihnen die zweite Ausgabe des neuen »info« der Friedrich-Ebert-Stiftung vor.**

Wir möchten Ihnen unsere Arbeit, unsere Themen und Projekte fokussierter vermitteln und besser zugänglich machen. Deshalb haben wir das Magazin inhaltlich und gestalterisch neu konzipiert.

Mit seiner digitalen Ausgabe passen wir das »info« aktuellen Lesegewohnheiten an. Es steht als Download auf unserer Webseite unter folgendem Link für Sie bereit:

→ <http://www.fes.de/de/stiftung/ueber-die-fes/fes-info/>

Gerne möchten wir Sie dazu ermuntern, die digitale, umweltfreundlichere Ausgabe zu lesen. Sollten Sie das digitale »info« bevorzugen, teilen Sie uns Ihren Wunsch einfach über diese Netzadresse mit:

→ <http://www.fes.de/lnk/infoversand>

Anstelle eines gedruckten Exemplars, schicken wir Ihnen dann bei jeder Neuerscheinung einen Link zum »info«, das Sie dann auf Ihrem Gerät lesen können.

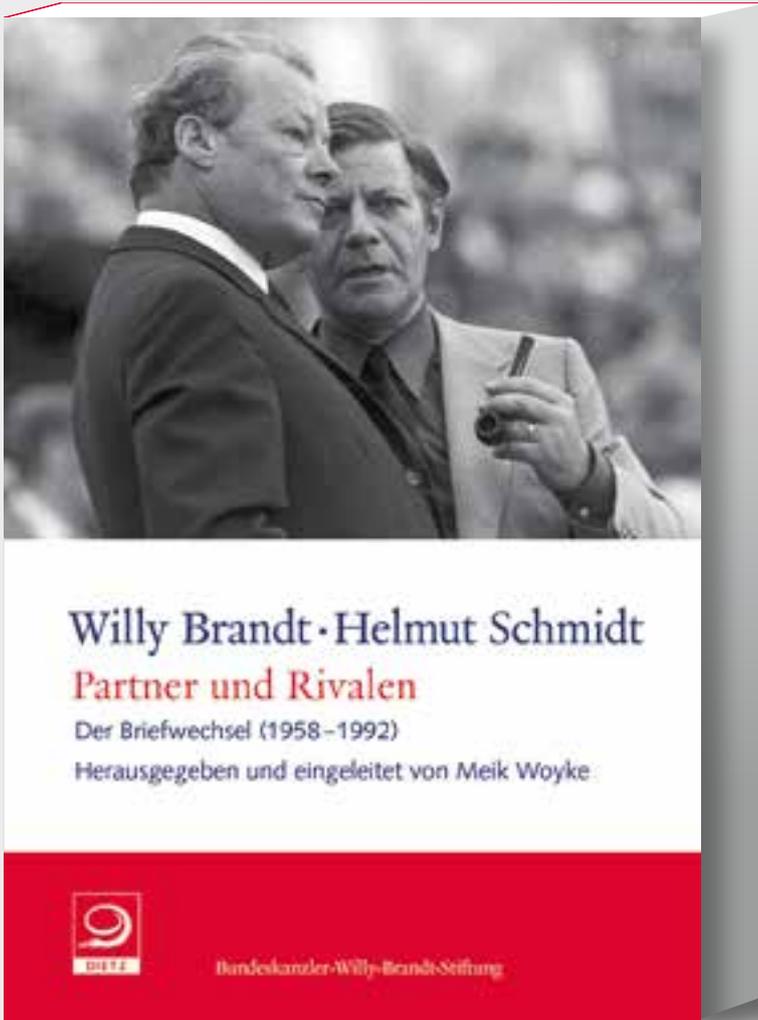
Anregungen und Kritik können Sie jederzeit per E-Mail an uns richten. Wir freuen uns.

→ [presse@fes.de](mailto:presse@fes.de)

Vielen Dank für Ihr Interesse!  
Die »info«-Redaktion



[fes.de/lnk/infoversand](http://fes.de/lnk/infoversand)



»Sehr geehrter Herr Kollege ...«  
»Lieber Helmut ...«  
»Willy ...«  
»Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!«  
»Helmut ...«  
»Lieber Willy ...«  
»Lieber Herr Kollege ...«

Willy Brandt / Helmut Schmidt  
**PARTNER UND RIVALEN**  
Der Briefwechsel (1958–1992)

Herausgegeben und eingeleitet von  
Meik Woyke

Willy-Brandt-Dokumente, Band 3

1.104 S. | Broschur | 39,90 Euro  
ISBN 978-3-8012-0445-7

Das Verhältnis von Brandt und Schmidt gilt als kompliziert und schwierig, weil sich ihre Sozialisation, ihr Politikstil und Politikverständnis deutlich unterschieden. Dennoch verband die beiden führenden Sozialdemokraten neben ihrer Rivalität eine jahrzehntelange Partnerschaft, deren Höhen und Tiefen sich in ihrem Briefwechsel facettenreich widerspiegeln.

Die sorgfältig annotierte Edition erschließt die gesamte Korrespondenz zwischen Brandt und Schmidt. Sie umfasst mehr als 700 Briefe der Jahre 1958 bis 1992 und bietet neue Einblicke in die persönliche Beziehung der beiden Staatsmänner. Ihre politischen Differenzen und Kontroversen über die eigene Partei und deren Regierungspolitik, über die Nachrüstungsfrage sowie den Umgang mit der Ökologie- und Friedensbewegung machen den besonderen Reiz der Briefe aus.